

metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark. Einzelnummer 15 Pfennig
 Auskonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, 21-23,
 Berlin S. 14 — Postcheckkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftsteller: Erich Kummer
 Herausgabe und Verkaufsstelle: Stuttgart, Rütestraße 14
 Telefongespräch S.-21. 028 41

Erschien wöchentlich am Samstag
 Ausgabepreis: Für die 10 gefaltete Millimeterzeile 1,00 Mk.; für
 den Gesamtmantel 90 Pf. — Eingetragen in die Reichspostzeitungsausgabe

Die Schwerindustriellen rüsten Sie wollen schon wieder mal opfern

Fr. Das christliche Gewerkschaftsblatt „Der Deutsche“ veröffentlicht am 17. September in großer Aufmachung das Rundschreiben „eines Arbeitgeberverbandes im Westen“. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß unsere Schwerindustriellen dabei sind, eine Stellungnahme gegen die Arbeiter zu schaffen. Dies wird begründet mit dem Hinweis, daß — nun zitiert — das schwerindustrielle Rundschreiben, wie es das christliche Blatt wiedergibt —, daß

über kurz oder lang ein großer Kampf zwischen der Arbeitgeberchaft und der Arbeiterschaft über gewisse Prinzipien bestritten werden. Es ist noch jedem in Erinnerung, wie sie für das Vaterland in Gefahr, für das heilige Ruhegebiet, für die deutsche Währung und wie sie sich in einem fort für die deutsche Wirtschaft opfern. Sie hätten sich bekanntlich auch für die Reichsbahn geopfert, wenn das dumme Volk dagegen nicht allzu laut gemacht hätte. Nun will sich die schwerindustrielle Opferlust gar an den Unternehmern der verarbeitenden Industrie üben. An den nämlichen Unternehmern, denen die Fabrikanten die Preise dictieren und ihnen den geschäftlichen Lebensraum abzuschrägen drohen, wenn sie aufzugehen. Der heilige Kampf der Schwerindustrie um „gewisse Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft“, das heißt, wie jedermann weiß, um den Industriellen Profit kann sich etwas in die Länge ziehen. Ist er zu Ende, dürfte die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Stahlkruscheren außergewöhnlich stark sein. Damit ist die proboste Gelegenheit gekommen, den eisenverarbeitenden Unternehmern die schwerindustrielle Opferlust in ihrer vollen Stärke spüren zu lassen. Die Fabrikanten können sich gratulieren. Eine große Zahl von ihnen wird sich dann tatsächlich der Mühe enthalten sehen, noch weiter um „gewisse Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft“ zu sorgen, denn sie werden von dem schwerindustriellen Opferlust ins geschäftliche Jenseits befördert werden.

Sich mit dieser Wahrscheinlichkeit zu befassen, ist indessen Sache der eisenverarbeitenden Unternehmer. Uns kümmert mehr der oberste Zweck des schwerindustriellen Kampfplanes, der Antrag gegen die Arbeiterschaft. Dass er sich in allererster Linie wider die organisierten Metallarbeiter richtet, bedarf keines Beweises. Diese neue Kampfansage kommt uns im Deutschen Metallarbeiter-Verband trefflich zugute. Indem ist in den letzten Monaten unzählige Mitgliedszahl wie deren Stimmautung drastisch gediehen, und diese Entwicklung ist, vorüber alle Zweifte, endgültig fest, noch in vollem Flusse. Allein, dessen unbestreitbar sind wir, wie leicht verständlich, noch keineswegs erreicht. Denn hunderttausende von Metallarbeiter werden noch durch Gleichgültigkeit dem Verband ferngehalten oder durch den Überglauken, im Unternehmertum sei die Stummheit Dredigelt so gänzlich ausgestorben und man könne daher den Zusammenschluss mit leinsgleichen entbehren. Diese Gleichgültigen oder Überglauigen eines besseren zu belehren, dünt uns die Kampfansage der Schwerindustriellen vorzüglich geeignet. Wir sind überzeugt, dass wenn der Plan in den Gebieten der Schwerindustrie verwirklicht wird, werden neue Haufen unserem Verband austrommen, weil nur der ihnen Schutz gegen den beabsichtigten Anschlag auf ihre Arbeitsbedingungen und Rechte verbürgt. Mit dem Rundschreiben der Schwerindustriellen sollte, so muss man annehmen, auch der legitime Unorganisierte auszurütteln und an seine proletarische Pflicht zu erinnern sein. Unsere Kollegen mögen sich dieses überaus wirklichen Mittels der Auflösung und der Werbearbeit eifrig bedienen. Im übrigen aber: Ruhet in Friede!

So weit das Rundschreiben nach dem christlichen Gewerkschaftsblatt. Ob das Schreiben echt ist, können wir natürlich nicht sagen. Das Blatt erklärt indessen, dass die Echtheit „nicht bestreitbar ist“. Es ist zu verklagen, dass das Schreiben nur in übertragenen Reden, nicht wörtlich und nicht mit seinem ganzen Inhalt wiedergegeben wurde, wodurch sein Wert beeinträchtigt ist. Sollte nicht etwa ein solches Schriftstück dem christlichen Blatte nur zugespielt worden sein, um auf den ihm nahestehenden Reichsarbeitsminister in schwerindustriellem Sinne einzutreten? Es ist damit zu rechnen, dass die Unternehmerpreise das Rundschreiben in Frage zieht oder es rückweg bestreitet. Von hierüber werden die nächsten Tage wohl Klarheit bringen.

Mit allem wollen wir jedoch nicht gemeint haben, dass es keine Gründe gebe, die bei unseren Schwerindustriellen ein Streben, wie es das Rundschreiben offenbart, wahrscheinlich machen. Unsere Schwerindustriellen haben, ob in Deutschland früher Tag oder heiterer Sonnenchein, immer eine gute Crise gehabt. Als das gute, dumme Volk für die Siegesfeier der Schwerindustrie, um Longwon, Bries usw. hungrige und blutige, schossen die großen Profiteure an Heereslieferungen unerhörte Gewinne ein. Als die Schwerindustriellen die französischen und ins Ruhrgebiet marschierten, wurden ihnen auf Staatskosten ihre heruntergewirtschafteten Werke und Betriebe ausgebaut. Als sie unter straffischer Mithilfe amtlicher Stellen die deutsche Währung auf den Todesgang gebracht hatten, zogen sie den letzten Heller aus fast jeder deutschen Tasche. Als dieser beispiellose Diebstahl vollendet war, ließen sie sich noch obenbein 700 Millionen auf die Hand zählen. Als diese eingestellt, ergatterten sie millionenschwere Zölle und Kredite. Zwischen beiden lagen sie die Lohnquetsche kräftig an und verlängerten sie französisch. Auf diese Art sind die Schwerindustriellen seitdem je und anmähnender geworden. Sie haben mehr in ihre Scheuer zu bringen vermocht, als sie einst zu hoffen wagten konnten. Nur in einem fühlten sie sich noch nicht ganz vollkommen zufriedengestellt, nämlich in der Festigung der Zähne und der Arbeitszeit. Hier reden die amtlichen Schlichter mit, gewiss nur sehr leise und sehr zaghaft. Aber selbst diese Beschwörer und diese Zaghaftigkeit der Schlichter ist den Herren von Stahl und Kohle unerträglich. Sie wünschen das ganze Landeswein mitamt der Schlichter zum Teufel und sehnen inständig die Zeit des dreifachen Sturms herbei, wo der „Herr im Hause“ dreist befehlen könnte und die Frontenfeinde gehorsam zu parieren hätten. Die göttliche Zeit mit ihrer durch nichts beeinträchtigten Ausbeutefreiheit und Herrschaftswillkür beladen die Schwerindustriellen als „gewisse Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft“ anzusehen, um bereitwillen einen großen Kampf entzünden soll.

Für den Wassergang um solche großen Dinge wollen, wenn von dem oben angeführten Rundschreiben glauben darf, die Schwerindustriellen eine Stellklassen gründen, in die sie wohl 5 je Arbeiter und Monat werfen, aber nichts heranziehen wollen, sondern der ganze Inhalt den kleineren Fabrikanten überlassen bleiben soll.

Dennach ist der Opfermut unserer großen Patrioten noch immer nicht erloschen. Das Opfern haben sie bekanntlich los. Es ist noch jedermann in Erinnerung, wie sie für das Vaterland in Gefahr, für das heilige Ruhegebiet, für die deutsche Währung und wie sie sich in einem fort für die deutsche Wirtschaft opfern. Sie hätten sich bekanntlich auch für die Reichsbahn geopfert, wenn das dumme Volk dagegen nicht allzu laut gemacht hätte. Nun will sich die schwerindustrielle Opferlust gar an den Unternehmern der verarbeitenden Industrie üben. An den nämlichen Unternehmern, denen die Fabrikanten die Preise dictieren und ihnen den geschäftlichen Lebensraum abzuschrägen drohen, wenn sie aufzugehen. Der heilige Kampf der Schwerindustrie um „gewisse Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft“, das heißt, wie jedermann weiß, um den Industriellen Profit kann sich etwas in die Länge ziehen. Ist er zu Ende, dürfte die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Stahlkruscheren außergewöhnlich stark sein. Damit ist die proboste Gelegenheit gekommen, den eisenverarbeitenden Unternehmern die schwerindustrielle Opferlust in ihrer vollen Stärke spüren zu lassen. Die Fabrikanten können sich gratulieren. Eine große Zahl von ihnen wird sich dann tatsächlich der Mühe enthalten sehen, noch weiter um „gewisse Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft“ zu sorgen, denn sie werden von dem schwerindustriellen Opfermut ins geschäftliche Jenseits befördert werden.

Sich mit dieser Wahrscheinlichkeit zu befassen, ist indessen Sache der eisenverarbeitenden Unternehmer. Uns kümmert mehr der oberste Zweck des schwerindustriellen Kampfplanes, der Antrag gegen die Arbeiterschaft. Dass er sich in allererster Linie wider die organisierten Metallarbeiter richtet, bedarf keines Beweises. Diese neue Kampfansage kommt uns im Deutschen Metallarbeiter-Verband trefflich zugute. Indem ist in den letzten Monaten unzählige Mitgliedszahl wie deren Stimmautung drastisch gediehen, und diese Entwicklung ist, vorüber alle Zweifte, endgültig fest, noch in vollem Flusse. Allein, dessen unbestreitbar sind wir, wie leicht verständlich, noch keineswegs erreicht. Denn hunderttausende von Metallarbeiter werden noch durch Gleichgültigkeit dem Verband ferngehalten oder durch den Überglauken, im Unternehmertum sei die Stummheit Dredigelt so gänzlich ausgestorben und man könne daher den Zusammenschluss mit leinsgleichen entbehren. Diese Gleichgültigen oder Überglauigen eines besseren zu belehren, dünt uns die Kampfansage der Schwerindustriellen vorzüglich geeignet. Wir sind überzeugt, dass wenn der Plan in den Gebieten der Schwerindustrie verwirklicht wird, werden neue Haufen unserem Verband austrommen, weil nur der ihnen Schutz gegen den beabsichtigten Anschlag auf ihre Arbeitsbedingungen und Rechte verbürgt.

Mit dem Rundschreiben der Schwerindustriellen sollte, so muss man annehmen, auch der legitime Unorganisierte auszurütteln und an seine proletarische Pflicht zu erinnern sein. Unsere Kollegen mögen sich dieses überaus wirklichen Mittels der Auflösung und der Werbearbeit eifrig bedienen. Im übrigen aber: Ruhet in Friede!

Die Schwerindustriellen sind nun auf und bran-
 das zu vollbringen, was schon aus vielen ihrer Reden und
 Zeitungsaufnahmen flang. Feder, der Ohren hat, zu hören, hat
 längst die Stunde vernehmen können. Wenn die Schwerindu-
 striellen den Anlauf wirklich wagen wollten, wird ihnen auch
 ein Ablauf beschert sein. Dieser dürfte für sie vielleicht nicht
 ganz so fröhlich sein, wie sie sich ihn heute vorstellen mögen.

Ohrfeigen für die Professoren

Diese Störung haben die Professoren wahrlich nicht verdient. Die Herren Gelehrten haben sich doch wirklich seit 1918 die größte Mühe gegeben, um dem Unternehmertum Zubringerdienste in seinen Kämpfen gegen die „begehrlichen“ Gewerkschaften zu leisten. Es braucht nur an Namen: Hartner, Sommer, Hornecker, Thylitz gebürt zu werden. Doch im Jahre 1925 hat sich Herr v. Pötig schützend vor die Männer der Wissenschaft gestellt, die den Mut haben, diese Tatsachen anzuerkennen und, zum Teil im Gegensatz zu ihren eigenen früheren Aussagen, zum Ausgangspunkt auch ihrer sozialpolitischen Erwägungen zu machen. Diesen Männern gebühre für ihr Denken und für ihren Bekennermut der besondere Dank nicht etwa der Arbeitgeberchaft, sondern des ganzen Volkes.

Im Jahre 1927 verfestigt jedoch Herr Geheimrat Bücher eben

dieser Wissenschaft auf der frankfurter Tagung des Reichsver-

bundes der deutschen Industrie in wohlgeekten Worten ein

paar lästige Ohrfeigen, und zwar so:

„Natürlich hat es in der Zeit der größten Not unseres Unternehmens keinen Nationalökonomie gegeben, der sich durch die Macht seiner Argumente den notwendigen Einfluss auf die Wirtschaftsführung verschafft. Weil die deutsche Nationalökonomie das Gesetz für die tatsächlichen Aufgaben der Gegenwart verloren und so vielfach das praktische ökonomische Denken abgetötet hat...“

Wahrlich, das haben die Herren Professoren nicht verblüfft. Für das Unternehmertum gibt es nur ein Entweder — Oder. Entweder unterwerfen sich die gelehrt Herren völlig den Wünschen des Unternehmertums oder sie bewahren sich doch noch einen, wenn auch vielleicht schmalen Rest von wissenschaftlicher Freiheit und Unabhängigkeit — in welchem Fall sie auf einen freundschaftlichen Fußtritt, wie die Ausführungen des Geheimrats Bücher auf der frankfurter Tagung zeigen, gesetzt sein müssen. Die Herren Professoren scheinen das noch nicht ganz begriffen zu haben. Sie mögen glauben, dass, wenn ihnen die

Industriellenvereinigung gestattet, im „Arbeitgeber“ die Unternehmer etwas anzutragen, ihrer wissenschaftlichen Sachlichkeit vollauf Genüge getan zu haben. Vielleicht sind sie durch die frankfurter Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie eines andern belehrt worden. Die Herren um Vorburg und Düsseldorf fordern bedingungslose Unterwerfung. Die schwarz-industriellen Bergwerks-Tagung vom 11. September 1927 will mit dem ganzen Gewicht ihres schwarzindustriellen Einflusses den Professoren noch einige Broden Eisen ins Kreuz laden. Sie hohlschäkeln schreibt:

Und alles, was erreicht worden, ist erarbeitet von der Brüder vom industriellen Kaufmann und vom Techniker. Nicht etwa vom ökonomischen Willenshafte, nicht vom Professor der Volkswirtschaftslehre. Es ist aufgefallen, dass Geheimrat Bücher eine so schwere Kritik an der Wirtschaftswissenschaft geliefert hat. Unserer Einsicht war es die höchste Ehre, dass das geschah. Die deutschen Professoren der Volkswirtschaftslehre laufen doch meist hinter der Entwicklung her; sie sind selten wegweisend und führend, und sie richten dadurch, dass sie die Wirtschaftslehre durch die Wille des Politikers entfalten, des Politikers von links wie von rechts — Vertierung und oft genug Unheil an. Sie sind oft wellstreichend, dohrdrückend und unpraktisch. Es gibt aber bekanntlich nichts, was praktischer wäre als eine wirklich gute Theorie.“

Ja, wer vom Tisch dieser Herren sitzt, darf auf irgendeinem anderen nicht gesetzt sein. Die Unternehmer haben es von jeder vorzüglich verstanden, die nationalökonomische Wissenschaft vor ihren Wagen zu spannen, und sie sind in der Wahl der Mittel, die sie ausreichen, niemals feinfühlig gewesen. Sie arbeiten heute natürlich nicht mehr mit den rohen Mitteln der Herren Stumm und Bued, sondern sie legen ihre Mitteln so, dass das Blöde keinen Raum verursacht. Es sind ganz langsam wirkende und angenehm schmeidende Eiste, die zur Verdauung der Wissenschaft von den Unternehmern angemahnt werden. Ihre Verabsiedlung gleichet etwa folgendermaßen:

Wir haben bereits mehrfach Gelegenheit genommen, unsere Verbände militärisch und schriftlich auf das vor 2½ Jahren an der Universität Würzburg ins Leben gerufene Sozialpolitische Seminar einzulegen. Es liegt im Allgemeininteresse der Industrie, wenn neben den handelswerten und laubigen Unterstützungen einzelner Verbände des Westens dem Seminar auch von anderen Arbeitsverbänden in möglichst großer Zahl eine Förderung zuliegt. Wie wertvolle Unterstützung würde die regelmäßige Förderung von Gewerkschaften, Denkschriften, wie auch Dokumenten für Arbeiter und Angestellte, Schlesischen und Bergischen vom Seminar begrüßt werden. Es ist ferner der Wunsch ausgeschlossen worden, lautend die von verschiedenen Firmen herausgegebenen Werbzeitungen zu erhalten. Wir bitten deshalb unsere Verbände, die bei der Frage kommenden Firmen unmittelbar eine Belieferung anzuregen oder die vom Seminar bei den Firmen gestellten Anträge auf kostenlose Belieferung zu unterstützen.“

Sollten die Gewerkschaften aber nicht auch hier von den Unternehmern lernen und sich mehr um die Wissenschaft bemühen?

Weltgeltung

Die deutschen Nationalisten sind besonders begnadet in der Erfindung von ungünstigen Schlagworten. An den Plakätäusen werden jetzt Vorträge angekündigt über „Unsere Weltgeltung“. Unsere Weltgeltung ist, in welchem Maßgehirn jenseits sprachlichen Windeier ausgebrütet werden! Mit Weltgeltung meinen sie: Geltung in der Welt, obwohl es: Geltung der Welt bedeutet. Aber es braucht in Deutschland nur ein Flachkopf eine Neuschöpfung herauszukramen zu haben, schon hat er Tausende von Nachschäfern.

Wir wollen uns aber hier nicht mit diesen Leuten beschäftigen, sondern mit dem, was man neuerdings unter Weltgeltung versteht.

Der ungeliebte Größenwahn, alles, was Deutschland an militärischen, finanziellen, militärischen Erfolgen herorgebracht hat, als etwas ganz Konturenloses hinzustellen, stimmt noch aus Wilhelms großen Tagen. Der überspannte Gotteshändling ließ ja keine Gelegenheit vorübergehen, ohne den Mund von deutscher Herrschaft recht voll zu nehmen. Ob er die Parade von Königen, gesangvereinen, obnahm oder Denkmäler enthielt oder ein Vatertag nach China verabschiedete, jedesmal hatte er eine aufgeblasene Redenart auf der Platte, die nicht nur persönlich auf die Karren Röcke in des Ration wirkte, sondern auch bei den anderen Nationen gerade den Schlag gegen uns fordern musste, denn wir den Krieg zu verhindern haben. Hinter jedem Worte Wilhelms stand schon das heutige Weltgeltung. Das nahm bei einem Manne nicht weiter wunder, der sich in solchen Großbahnhöfen großzügig zum „Münzal des Atlantischen Oceans“ beförderte.

Sie mögen auf Wilhelm zurückgreifen. Denn die, welche hemdsäähnliche Weltgeltungsdreden vom Stapel lassen, sind seine geistigen Eltern.

Was diesen Geist nach dem Kriege noch besonders gebedient hat, ist das verfallene Diktat. Der Zusammenbruch aller Großerungen aufsicht, das gewollte Gedrangwerden in eine minderwertige Stellung unter den Staaten, die Beschränkung der Machtbefuglichkeiten hat unsere Wilhelminister schwer betroffen. Der Vortrag von Berlin ist ein großes Unrecht; aber gerade die Herren, die sich heute am meisten darüber aufregen, haben am wenigsten Recht daran.

Die Entente ist mit Schuld daran, dass dieses Gesetz von deutschen Geistern nicht aushören will und dass der waffenkuppelnde deutsche Panzergeist wieder so ins Kraut geschossen ist. Über auch darüber mangels eben an Einsicht. Denn die regierenden Geldhäuser in anderen Ländern sind um kein Haar besser als die unsrigen.

Da nun die andern höchstens auf deutsche Abstiegsgedanken reagieren, müssen wir die ehemaligen Freunde drastisch verteidigen. Derartiges legt mit Strompe auf Gang.

Wir brauchen heute nur Zeitungen aufzuhängen. Überall hängt dieses bloße Wort in die Augen oder es trudelt in unschönen Bildern zwischen den Zeilen herum.

Ich denke nicht daran, die großartigen technischen Errungungen und Erfolge auf unserer Seite verleugnen zu wollen. Ich freue mich jedenfalls, wenn einem tüchtigen Stein was gelingt. Als Student und der Z.R. III über den Ozean flog, war ich mit ganzem Herzen bei der Sache. Als aber dann die Schmiederei mit dem großen Deutschen Geist einleitete, jeder Leitauftas mit: „Wir erobern und sieben“

unseren Platz an der Sonne" aufstieg und aus Edener eine Heldenfigur wurde, ohne daß man des tausendmal wichtigeren und tausendmal besseren Konstrukteurs und seines Techniker und Arbeiter gedachte, da wurde die reine Freude nur allzu rasch verfolgt. Sicherlich zu sehen, wie jeder besessene Stammitsch das Verdienst dieser Leute für ein Verdienst des deutschen Volkes, also auch der Herren Stammitschpolitiker ausbeutete. Was hätten sie das Lustkost mitgebaut und mitgetragen.

Aber in diesem Falle wollen wir noch nachsichtig sein. Die Leute brauchen halt ein bisschen Klatsch, um das Nationalbewußtsein wieder mal anzuseuchten.

Wie dümmer und außenpolitisch viel heißer sind die Schreieren für vaterländische Größe, wenn es sich um Dinge handelt, die keine Verdienste einschließen und nur einen lässigen Charakter haben. Ich denke da in erster Linie an unseren Flottenvereinsgeist, mit dem dem deutschen Marinepfeifer und die Reichsmarine sich wechselseitig ausbliesen. Abgesehen davon, daß die Flottentulpe schon ein gefährlicher Unzug ist, muten uns die dauernden Kapellauftreten von Steuern auch noch töricht an. Diese Kriegsspieler zu Wasser, die sind und zweitens ist, da unter Flottilen es weder mit dem äußeren Feinde aufnehmen noch gegen den inneren eine verwendbare Rolle spielen kann erzeugt mit ihrem Geiste das Gegenteil von dem, was sie erhofft: sie macht uns lächerlich. Dabei müssen wir noch zuschauen, wie der Steuerabzug des Proletariats im Haushalt sinnlos verpulvert wird. Ebenso gilt die von der Marine geplante Kurtafimproduktion. "Segelung", sagt der Fachmann. Das ist noch um einen Stich dümmer als "Welt-

geltung". Es ähnliche, wenn auch nicht so alberne Geschichte ist es heute mit der Zigarettenförderung. Unstatt daß die Leute sich freuen, daß ein paar Amerikaner die prächtige Leistung vollbracht haben, läßt sie ihr "Nationalstolz" natürlich gleich wieder nicht schlafen. Also schnell, ehe die Engländer oder Franzosen uns vorwölpen, deutsche Krieger nach Newjork in Marsch setzen! Ob sie, wie Rungeler und Coli, irgendwo in Wasser fallen, spielt keine so große Rolle. Das sie nur über Maschinen verfügen, die nur beim Zusammentreffen aller Glückumstände die amerikanische Flotte erreichen können, auch nicht. Hauptfazette ist: wieder vordrängeln in der Welt! Und dieser öffentliche Meinungsstiel wird schlau von der Industrie aufgegriffen und genutzt; denn für die Dividenden- und Börsenzeltler hat die Sache noch einen sehr praktischen Hintergrund: Das *bessere Weltgeschäft*! Darum lassen sie auch nicht los und drängeln so lange, bis ein paar Piloten, deren Erfolg lange genug aufgestachelt wurde, das Abenteuer ins Ungewisse wagen. Sie fehlten gleich wieder um, denn sie wußten sicherlich, die Sache geht schief. Auch wissen sie zweitens, daß ein paar Jahre leichtiger Hemmung am Verbesserung der Motoren um ihr Werk weit mehr gefordert hätte, als die funktlose Überprüfung ihnen gefordert hat.

Der alberne Gang, in der Welt um jeden Preis mehr gelten zu wollen als der andere, ist zwar eine ausgeprägte deutsche Eigentümlichkeit. Er besteht nicht oder minder allen imperialistisch verachteten Nationen an. Bei keiner aber wohl äußert er sich in so unangenehmen Formen wie bei unsern nationalistischen Landsleuten. Ich kann mir nicht denken, daß man in England oder Frankreich beim Jubiläum eines großen Landesmanns etwas ähnlich Geschwollenes vernehmen könnte, wie es sich zum Beispiel der Reichskanzler Platz anlässlich der Beethovenfeier in Rom geleistet hat. Da war jedes dritte Wort: deutscher Rhein, deutsche Seele, deutsche Kunst, deutsche Freiheit usw. Wie lämmisch muss das in der ganzen Welt, die Beethoven als ein internationales Genie feierte, gelungen haben!

Der könnte man sich vorstellen: der Minister Herrrot brauchte zum Jubiläum des großen Komponisten viel Worte wie: französische Kunst, französische Seele, französische Freiheit! Herrrot wird sich hüllen. In diese Reihe gehört übrigens auch der deutsche Gott. Der noch immer in den Gehirnen unserer Eisenacher steht. Von einem Franzosen hörte ich, daß man im Kriege viel über den deutschen Gott gelacht habe, da dort niemand auf den Gedanken gekommen wäre, einen nationalen Prinzipiell am humanistischen Verstand zu bedenken. Aus dieser selben Geistesquelle entspringt auch heute unser gesiebtes "Befreiung".

Den Schaden haben wir für den Spott jungen schon aufgereihten Deutschen.

Erich Weissel

Sind die Reallöhne gestiegen?

Dass die Unternehmer bei jeder Gelegenheit über hohe Löhne freuen und behaupten, daß die Produktion höher nicht tragen könne, ist ein allzugehobenes Schamspiel, als daß man sich darüber besonders aufregen könnte. So war es auch diesmal auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, wo der Präsident Geheimrat Duisberg das oft gehörte Lied über die Löhne aufstimmte. Er hat aber auch Angaben über die Lohnhöhe gemacht, die verdienstvoller wären untersucht zu werden. Nach seiner Behauptung liegen die Stundenlöhne für gefeierte Arbeiter um 47 vH. für angeleinte sogar um 81 vH. über dem Lohnstand von 1913. Diese Angaben sind nur annähernd richtig. Der letzten uns verfügbaren Statistik folge liegen die Stundenlöhne der Fabrikarbeiter in Berlin im Juli des laufenden Jahres um 64 vH. die der angeleinten Arbeiter um 75,3 vH. höher als vor dem Krieg. Demnach liegt das Lohnaufkommen der angeleinten Arbeiter mehr, als der angeleinten weniger geplagt zu sein, als das der Vortagung Duisbergs hervorgeht. Was bedeutet jedoch diese Steigerung?

Um das gibt sie überhaupt keinen Aufschluß über die Lohnentwicklung, weil infolge der Wirtschaftskrise des Gesetzes die geplanten Preisgrundlagen seit dem Kriege nie gründet haben. Des weiteren ist belanglos die Arbeitsezeit nach dem Kriege selber geworden: ein Vergleich der Stundenlöhne zeigt dennoch nichts. Würde man die 28 vH. in früher einander gegenüberstehen, so würde sich zeigen, daß die Löhne der angeleinten Arbeiter gegenüber 1913 um etwa um 57 vH. gestiegen sind. Dabei wird noch etwas wichtiges außergerichtet gelassen: die Rolle der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit. Zum einen die Entwicklung des Sozialhaushalts im Vergleich zur Vorriegszeit ermittelte, so wie man die gegenüber der Vorriegszeit fast vermehrte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die fast Schätzungen des Arbeiters, aber vorwiegend der Arbeitgeber, bestätigt, bestätigt.

Zu der jüngsten Veröffentlichung des Institutes für Konjunkturforshung wird der durch Arbeitslosigkeit eingeschränkte Einkommensverlust auf das Jahr 1927 berechnet auf 2,8 Milliarden Mark gesetzt, bei einem Bruttoinlandsprodukt der beschäftigten Arbeiter von 24,1 Milliarden Mark beträgt dies ein Bruttosozialaufwand von etwa 12 vH. Im vergangenen Jahr mit seiner unglaublichen Arbeitslosigkeit war dieser Wert noch viel höher. Die Sozialausgaben nach den Kriegsstatistiken der, wie genau, gegenwärtig bedeutend höher sind als vor dem Krieg, wesentlich geringer. Es hat zum Beispiel der englische Nationalökonom Prof. Pigou darauf hingewiesen, daß die für die englischen Arbeiter ausgerechnete Sozialausgabensteigerung von 11 vH. gegenüber 1913 angesichts der verschärften Arbeitslosigkeit in der Wirklichkeit nur einer Erholung um 3 vH. gleichkommt. Eine ähnlich erzielende Ergebnis ist des geschätzten Sozialaufwands für die Erholung der Wirtschaft 1926 mit etwa 22 vH. höher als 1913 zu Buche. Die Erholung verhindert die Troppe, daß es in Schweden vor dem Krieg keine schwere Arbeitslosigkeit gab, während diese in der Nachkriegszeit einen außergewöhnlichen Anfang ge-

genommen hat, was einen erheblichen Lohnausfall zur Folge haben mußte. Aus diesen Gründen wäre es sehr schwer begründen, wenn zunächst, wie es von Fritz Sternberg im "Magazin der Wirtschaft" gefordert wird, die Lohnstatistik unter Berücksichtigung des Einkommens zu erhalten durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit "bereinigt" werden würde, wie dies etwa in der Lohnstatistik Australiens bereits durchgeführt wird. Auch könnte man den Lohnausfall durch Krankheit und andere Ursachen berücksichtigen. Das If. R. gibt den Lohnausfall durch Krankheit für das Jahr 1925 mit 1,4 Milliarden an.

Wie steht es nun um die Reallohnne? Der Vergleich der (Normal-) Löhne mit den Lebenshaltungskosten soll die jeweilige Kaufkraft des Lohnes und, was der eigentliche Zweck der Reallohnstatistik ist, deren Veränderungen zeigen. Der amtliche Lebenshaltungsindex war im Juli gegenüber 1913 150. Wenn die Stundenlöhne der gelernten Arbeiter sich nur um 47 vH. gegenüber 1913 erhöht hätten, wie Geheimrat Duisberg sagte, so würde das angefichts der hier erörterten Umstände (Arbeitszeitverkürzung und Arbeitslosigkeit) eine wesentliche Senkung des Reallohnes gegenüber der Vorriegszeit bedeuten, aber auch dann, wenn wir für die Stundenlöhne der gelernten Arbeiter mit der amtlichen Statistik eine Steigerung von 64,1 vH. annehmen. Bei den Angeleinten, deren Stundenlöhne der amtlichen Statistik zufolge durchschnittlich um 75,3 vH. höher stehen als vor dem Kriege, würde sich unter Berücksichtigung der erwähnten Umstände ebenfalls eine Erhöhung des Reallohnes ergeben. Schon bei Gegenüberstellung der Woche sind die Löhne mit der Vorriegszeit, das heißt bei Berücksichtigung der Arbeitszeitverkürzung, ergibt sich kaum eine merkbare Reallohnsteigerung; die Wochenlöhne der Angeleinten sind, wie oben erwähnt, etwa um 57 vH. höher als vor dem Krieg, während die Lebenshaltungskosten um 50 vH. höher stehen. Dingu kommt noch die oben erörterte Zunahme des Lohnausfalls infolge Arbeitslosigkeit.

Ein weiterer Umstand ist noch zu beachten. Die Reallohnne werden errechnet auf Grund eines angenommenen Familienbudgets, wobei die einzelnen Posten des Familienbudgets mit ihrem besonderen Gewicht, das heißt nach ihrer Wichtigkeit im Haushalt eingestellt werden. Was aber dieser Index nicht berücksichtigt, sind die Unterschiede der Einkommen. Derselbe zeigt, daß die Kaufkraft oder deren Veränderungen bei den Arbeitern und Angeleinten messen, unberücksichtigt darum, wie hoch deren Einkommen ist. Zu Zwecken eines Reallohnvergleichs mit im Vorriegsstand ist aber ein solcher Index wenig brauchbar. Es ist nämlich einleuchtend, daß, je nach der Höhe des Einkommens, die einzelnen Ausgabenposten im Haushalt, also Ernährung (und innerhalb der Ernährung die einzelnen Lebensmittel), Bekleidung, Wohnungseinrichtung, Ausgaben für Kulturzwecke, mit ganz verschiedenen Gewichten erscheinen. Aus der jüngsten Veröffentlichung des Institutes für Konjunkturforshung wurden die außerordentlich großen Unterschiede der Einkommen auf Grund der Angaben der Individuendversicherung auch statistisch dargestellt: im Fall des laufenden Jahres hatten 5,8 vH. der Arbeiter einen Wochenlohn bis 6 M., 18,3 vH. 6 bis 12 M., 20,1 vH. 12 bis 18 M., 12,5 vH. 18 bis 24 M., 9,4 vH. 24 bis 30 M. und 35,2 vH. über 30 M. Der Veränderungen der Lebenshaltungskosten haben für jede dieser Einkommensgruppen eine andere Bedeutung, und auch ein Vergleich der Reallohnne mit der Vorriegszeit würde für die einzelnen Einkommensgruppen anders aussagen, falls die verschiedene Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Bedarfszwecke berücksichtigt würde.

Aus dem bisher Gesagten geht deutlich hervor, daß man von einer Steigerung der Reallohnne gegenüber der Vorriegszeit nicht sprechen kann, obwohl die Produktion die der Vorriegszeit ebenfalls besser ausgerüstet ist. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß es eine große Leistung war, nach dem großen Zusammenbruch in der Inflationszeit mit den Löhnen auch soweit zu gelangen: die Lohnsteigerung seit Anfang der Stabilisierung mit ihrem ungeheuren Lohnsteigerung war in der Tat eine große und wirkliche im zehn Kampf von den Gewerkschaften errungen werden. Gegenwärtig ist aber trotz wirtschaftlichem Hochgang und Rationalisierung ein Stillstand in der Lohnentwicklung eingetreten, während die Lebenshaltungskosten steigen und, wie von halbmäßiger Stelle häufig erst angekündigt wurde, ihre weitere Steigerung erwartet werden muss, sobald die Preistreibungen des Großhandels sich auf den Kleinhandel übertragen werden. Wenn demnach jetzt Lohnsteigerungen gefordert werden, so bedeutet dies zunächst die Verschreibung einer Senkung der Reallohnne abzuwehren. Doch muß es mit aller Deutlichkeit gezeigt werden, daß die Arbeiterschaft den volken Anspruch auf eine weitere Steigerung der Reallohnne hat. Sie will auch über die Vorriegsreallohnne hinaus sich einen entsprechenden Anteil der Mehrproduktion und auch eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes erlangen, als vor dem Krieg möglich war.

Aus dem bisher Gesagten geht deutlich hervor, daß man von einer Steigerung der Reallohnne gegenüber der Vorriegszeit nicht sprechen kann, obwohl die Produktion die der Vorriegszeit ebenfalls besser ausgerüstet ist. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß es eine große Leistung war, nach dem großen Zusammenbruch in der Inflationszeit mit den Löhnen auch soweit zu gelangen: die Lohnsteigerung seit Anfang der Stabilisierung mit ihrem ungeheuren Lohnsteigerung war in der Tat eine große und wirkliche im zehn Kampf von den Gewerkschaften errungen werden. Gegenwärtig ist aber trotz wirtschaftlichem Hochgang und Rationalisierung ein Stillstand in der Lohnentwicklung eingetreten, während die Lebenshaltungskosten steigen und, wie von halbmäßiger Stelle häufig erst angekündigt wurde, ihre weitere Steigerung erwartet werden muss, sobald die Preistreibungen des Großhandels sich auf den Kleinhandel übertragen werden. Wenn demnach jetzt Lohnsteigerungen gefordert werden, so bedeutet dies zunächst die Verschreibung einer Senkung der Reallohnne abzuwehren. Doch muß es mit aller Deutlichkeit gezeigt werden, daß die Arbeiterschaft den volken Anspruch auf eine weitere Steigerung der Reallohnne hat. Sie will auch über die Vorriegsreallohnne hinaus sich einen entsprechenden Anteil der Mehrproduktion und auch eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes erlangen, als vor dem Krieg möglich war.

Wer gewinnt bei der Klassenlotterie?

Unter dieser Übersicht ging vor kurzem ein Aufsatz durch die Presse, der sich mit der Ausübung des Spiels durch den preußischen Staat befaßte. Mit Recht wurde ausgeführt, daß der Staat durch eine starke Gewinnbringung und eine rücksichtlose Polizeipolitik dem Glücksspiel entgegenwirkt, aber selbst in den Spielen der Bevölkerung für sich zu einem einträglichen Geschäft mache. Die preußische Lotterie habe, so heißt es weiter in dem Aufsatz, längst den Charakter einer Monopolunterhaltung angenommen, weil an ihrem Einzelhandel von Grund an Lotteriebezieher die weitaus meisten Einnahmen des Reiches beteiligt seien.

Der Belang liegt in diesem Maßstab die Angaben über die von der Handwerksverwaltung vorgenommene Rechnung der Lotte. Im Jahre 1924 wurden noch 320 000 Lotte ausgegeben gegen einen Friedensstand von 220 000. In der 23. Lotterie führte die Verwaltung zu einer erheblichen Erhöhung der Lotte auf 550 000, steigerte sie schon bei der nächsten Sitzung auf 600 000, und sie hat in diesem Jahre sogar 700 000 Lotte, die zweimal im Jahre gewinnt werden, ausgegeben. Diese erstaunliche Steigerung wurde dadurch erreicht, daß jede Lotte je gut wie verdoppelt war.

Wesentlich sind die Angaben über die Verteilung der Gewinnsummen, denen sich die Lotte das Geld aus der Tasche reißt. Es heißt in dem Aufsatz, daß sich die Lotterie gerade auf die kleinen Gewinnsummen stütze und daß sie sich durch die Aufteilung der Lotte bis zum Nächst genauer an die wirtschaftlich schwächeren Sitzungen wende. Bei den Lotteriesiegerinnen machen die Gewinner mit einem Umsatz bis zu hundert Lotten 85 vH. der Gesamtsumme aus. Dies derart, wie ausführlich geschildert, der wirtschaftlich schwächeren Sitzungen werden die preußischen Lotterien heutzutage jährlich zumindest 84 Millionen ausgelöst, also fast ebensoviel wie 1923. Von dieser gewaltigen Summe kommen aber noch nicht einmal 100 Millionen Mark in Form von Gewinnen an die Spieler zurück. Der große Rest geht dazu für Verwaltungsaufgaben, Polizeipolitik und den Staatsgeschäften. Der Staat ist kein Glücksfeuer der Haushalter, der ein gutes Geschäft macht. Von jedem Gewinn werden 20 vH. eingespart für den Staat. Der Staat brechen den Teil auf, der ausgewogen für den Staat. Der Staat brechen den Teil auf, der ausgewogen für den Staat. Dennoch läuft nicht unerhebliche Summe an die am-

Verträge beteiligten anderen Gliedstaaten, zu denen fast alle deutschen Länder gehören. Den Vorspann aus diesen mittellosen Gewinnen zieht über das Reich, das rund 25 Millionen Mark an Lotteriefehlern und der Klassenlotterie vereinigt. Auch die Verwaltung der Lotterie ist sehr kostspielig. Nachzu 20 vH. also der fünfte Teil der Einnahmen aus dem Losverkauf verwandelt sich in "Scheitegebühren". Dazu kommt dann noch der Haushalt der Hauptverwaltung, die aus 24 Beamten, 6 Angestellten und 7 Arbeitern besteht.

Aus allem ist ersichtlich, wie gerade der Staat sich in den Klassenlotterien bei der Ausplunderung der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerung beteiligt. Vor dieser Ausbeutung schützt man sich nicht indem man die Hand auf den Beutel hält. Wer nicht spielt

Der kostspielige Krieg

Der Weltkrieg hat einen teils Var., teils Materialaufwand in Werte von 186.333.637.097 Dollar gelöst. Das Ergebnis war 12'000'000 Leichen, die Krüppel und Siechen ungezählte. Somit kostete es 15.666,25 Dollar, einen Menschen umzubringen. Die Armen würden, wenn sie produktiv tätig gewesen wären, einen Güterwert im Wert von 151.649.942.560 Dollar in der Zeit hergestellt haben, die sie an der Front oder dahinter zugebracht. Auf Weise von einem Duhend Diplomaten — kein Volk irgendwo wurde gestoppt — wurden 337 Milliarden Dollar abgegeben, um irgend jemandes nationale Ehre zu retten. Eine recht kostspielige Geschichte diese nationale Ehre. Wie Menschen, die sich höchstwahrscheinlich für das Ebenbild Gottes halten, das Ermorden von 12 Millionen anderer Ebenbilder verteidigen können und jeden einen "verkommenen Heiligen" nennen, der sich nicht erschieben, ersäufen oder mit Gas töten lassen will, das ist eine Sache, die den Irrsinn angelt.

Un Sachwerten zerstörte so der Krieg insgesamt für 400 Milliarden Dollar = 1800 Milliarden Mark. Mit diesem Gelde könnte man jeder Familie in Deutschland, Österreich, Russland, Belgien, Frankreich, England, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Kanada und Australien ein Haus bauen im Werte von 10.000 Goldmark mit einer Einrichtung im Werte von 4000 Goldmark und einem Garten im Werte von 2000 Goldmark. Es blieb noch eine Miesenjumpe übrig. Und es könnte jede Stadt von über 20.000 Einwohnern in den genannten Ländern je eine Miesenbibliothek im eigenen Gebäude, Kranken-, Pflege- und Altersheim samt Einrichtung, höhere Lehranstalten usw. errichten und die Miesenjumpe wäre noch nicht eingeschlossen.

Durch den Krieg wurden allein in Frankreich zerstört: 741 883 Häuser, 23.000 Industriebetriebe, 37 Millionen Hektar Land, 90 vH. der Eisenproduktion, 33 vH. der Kohlenproduktion, 94 vH. der Wollproduktion und 70 vH. der Zuckerproduktion.

Genossenschaft und Gewerkschafter

In einem Aufsatz über "Wirtschaftssozialismus" des Reichstagsabgeordneten Peter Graumann, zweiter Vorsitzender des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, im Organ der Konsumgenossenschaft Berlin wird aus Anlaß der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf der ungeheuren Bedeutung der Arbeiterschaft als Konsumen gedacht, und nach Hinweisen auf den möglichen Einfluß der Arbeitnehmer auf die Wirtschaft folgendes gesagt:

Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist dem Kapitalismus viel gefährlicher als jede Streikaktion, denn sie bedarf in ihrer zermalmenden Entwicklung solcher schelmischen Methoden nicht, ist sie doch ihres Ziels, der sozialistischen Gemeindewirtschaft, sicher.

So wenig daher der einstige Gewerkschafter der Wahlnehmung seiner politischen Rechte als Staatsbürger antreten kann, so wenig kann er — will er die Erfolge seiner gewerkschaftlichen Arbeiten und Opfer sichern — die Genossenschaften entbehren. Der kann traut dieser Tätigkeit innenwohnende Sinn für kühles, klares Denken und Handeln, die Fähigkeit im Festhalten des einmal für richtig Erkannten eignen ihn zum besonders wertvollen Genossenchafter.

Diese Sache verdienten wertvolle Beachtung und — Befolgung.

Arbeitslage in der Metallindustrie

Die im Juli 1926 eingezogene Abnahme der arbeitslosen und türarbeitenden Mitglieder unseres Verbandes kam im Januar 1927 fast zum Stillstand. Im Februar trat eine stärkere Abnahme der arbeitslosen und türarbeitenden Mitglieder ein. Dieser Rückgang hielt in den folgenden Monaten an. Im August verminderte sich die Zahl der arbeitslosen Mitglieder um 1,2 vH., die der türarbeitenden Mitglieder stieg dagegen um 0,8 auf 24 vH. Stellt man die Zahlen von 1926 denjenigen von 1927 gegenüber, so ergeben sich folgende Hundertstel:

	Arbeitslose		Kurzarbeiter	
	1926	1927	1926	1927
Jänner .	18,9	15,7	82,8	10,5
Februar .	20,4	14,9	29,5	9,2
März .	21,1	12,8	26,2	6,9
April .	18,7	11,1	25,7	4,8
Mai .	20,6	9,1	25,4	8,5
Juni .	21,5	7,9	27,0	2

Technik und Werkstatt

Feuerungen ohne Flamme

Von Dipl.-Ing. Dr. H. Schüze

Der Leser denkt zuerst an elektrische Feuerungen, denn das man gewöhnt, keine Flamme zu sehen. Es handelt sich bei den im folgenden dargestellten Feuerungen aber um Gasfeuer, und man fragt sich: Wie kann Gas ohne Flamme brennen?

Sehr einfach! Die meisten unserer Feuer kennen flammenloses Gas; und wenn nicht, dann mögen sie sich einmal eine brennende Gasglühlampe ansehen. Wo ist da die Flamme? Es ist nirgends eine zu erblicken, nur der Glühstrumpf befindet sich in heller Weißglut, in der das Gas verbrennt, ohne zu entflammen.

Auch die flammenlose Feuerung hat eine Art Glühstrumpf, der nur viel größer und größer ist als der Gasglühlampenstrumpf, den viele seit dem Siegeszug des elektrischen Lichtes fast schon vergessen haben. Der Feuerungsglühstrumpf besteht aus kleinen, porösen, feuerfesten Steinchen, in die das Gas eingeleitet wird.

Wir sehen in Abb. 1 einen Metallschmelzofen, in dessen Mitte sich der Schmelziegel mit dem geschmolzenen Metall befindet. Der Ziegel steht auf einem Fuß aus feuerfestem Stein. In einiger Entfernung davon steht man einen Mantel aus Magnesit; das ist ein feuerfestes Ge-stein, das aus Kohlenstaub-Magnesium besteht. Der Magnesitmantel hat eine große Anzahl senkrechter Schlitze, über deren Aufgabe noch gesprochen wird.

Der äußere, schlitzlose Mantel des Ofens ist, ebenso wie der Boden, aus Schamotte hergestellt. Zwischen beiden Manteln befindet sich eine Lage der feuerfesten, porösen Steinchen, die den Glühstrumpf erzeugen sollen. Den Schamottemantel umgibt ein Wärmedämm aus Schalldämmolle, die von einer Blechumkleidung gehalten wird. Alles das erkennt man in Abbildung 1; auch den Schamottedekel des Ofens, der ein verschließbares Schauloch hat. Durch den Boden führen die Gasrohre, die gerade unter den feuerfesten Steinchen einmünden und gegen sie durch siebartige Hauben geschichtet sind, durch die das Gas einströmen kann. Die Bodenöffnungen unterhalb des Schmelzgiegels dienen als Abzugsröhre für die Feuerungsgase.

Der Ofen arbeitet auf folgende Weise: man läßt ein Gemisch aus Gas und Luft durch die Rohrleitung einströmen und entzündet es überhalb der Steinchen. Dabei entsteht natürlich zunächst eine Flamme, die aber verschwindet, sobald die Steinchen ins Glühen geraten. Dann gelingt weiter nichts mehr, als daß die Steinchen in hellster Weißglut bleiben, solange Gas zuströmt. Die Hitze ist außerordentlich groß und beträgt bis zu 2000 Grad Celsius. Die heißen Gase strömen durch Schlitze des Magnesitzyinders, umspülen den Schmelziegel, erhitzt ihn, schmelzen das Metall und fließen durch die Abzugsöffnungen ab. Einmal ähnlich, aber einfacher gebauten flammenlosen Metallschmelzöfen für kleinere Gießereibetriebe zeigen die Abbildungen 2 und 3. Der Ofen ist auf der Achse eines Kippgestells

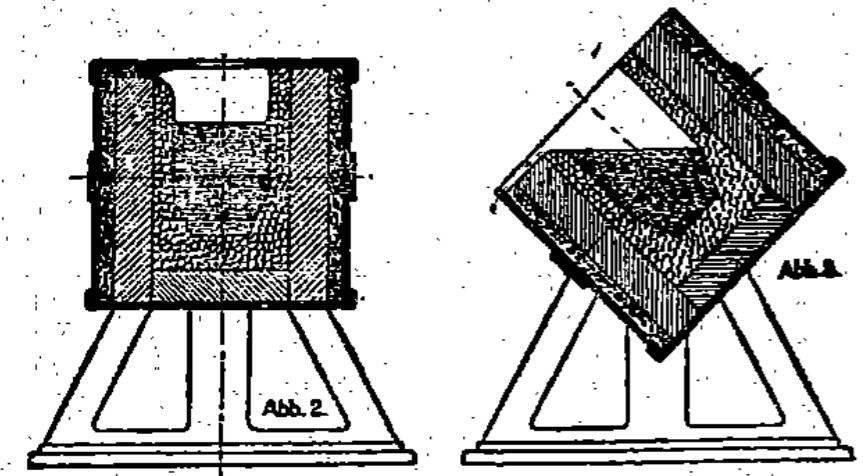
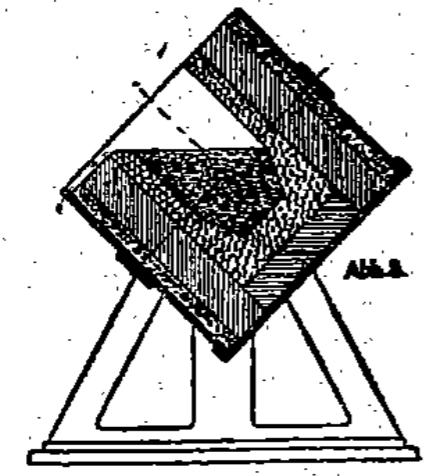


Abb. 1



drehbar angebracht und wird beim Gießen gekippt. In Abb. 3 hat man mit dem Kippen gerade begonnen. Das geschmolzene Metall befindet sich bereits dicht vor der Ausflußmündung des Ziegels und wird bei starker Reizung durch die Rille im Schamottemantel abfließen. Da der Schmelziegel zum Gießen nicht herausgenommen zu werden braucht, ist er ohne Magnesitmantel unmittelbar in die feuerfesten Steinchen eingeseckt. Der Ofendekel ist aus Eisen und hat ein Schauloch. Die Gasleitungen sind auf der Zeichnung nicht sichtbar. Die Gaszufuhr ist so eingerichtet, daß sie beim Kippen nicht unterbrochen wird, das Hauptgasrohr führt nämlich durch die Kippachse selber, die höhlt. Der Ofen kann also auch beim Gießen weiter brennen und sofort mit Metall nachgefüllt werden.

Auch zum Heizen von Dampfstellern dient die flammenlose Feuerung. Die porösen Steinchen befinden sich dabei in eisernen Heizrohren (Abb. 4), die den Kessel durchziehen und so angeordnet sein müssen, daß sie sich stets unter Wasser befinden; sonst würde die Glut schnell den Eisenmantel zerstören. Auf der linken Seite des in Abb. 4 gezeigten Heizrohres reichen die

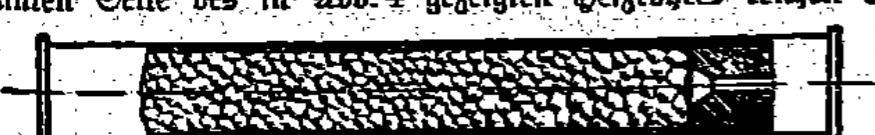


Abb. 4.

Steinchen bis zum Ende; rechts befindet sich ein längerer Ppropfen aus feuerfestem Stein, der die Verbindung zwischen Heizwand und Heizrohr vor allzu starker Erwärmung schützen soll. Durch den Ppropfen führt das Gaszuführungsröhr.

Das Gasflutgemisch wird in einem besonderen Behälter hergestellt und mittels eines Ventilators durch die Heizrohre geföhrt. Er bringt die Steinchen dicht hinter dem Ppropfen in der Rohrmitte auf helle Weißglut, die nach den Wandungen zu in schwaches Glühen übergeht. Etwa 20 Centimeter vor dem

Kohrende ist die Verbrennung beendet; die Abgase geben aber noch weitere Wärme an die Steinchen und das Wasser ab. An der heißesten Stelle haben sie etwa 1800 Grad, und mit nur 200 Grad verlassen sie die Röhre; ließen also dann noch durch den Speisewasserwärmetauscher, bis sie mit 95 Grad ins Frei strömen. Die Wärme wird also außerordentlich gut ausgenutzt.

Darin liegt überhaupt der große Wert der flammenlosen Feuerung, daß sie nicht nur sehr starke Hitze entwickelt, sondern auch den Heizwert des Gases sehr weitgehend ausnutzt. Es läßt sich jedoch nicht immer miteinander vereinen. Wirtschaftlich nennt man eine Feuerung dann, wenn sie soviel Wärme, wie nur irgend möglich, aus dem Brennstoff herauftolt. Man weiß von jedem Brennstoff, mag es nun Kohle, Öl oder Gas sein, wieviel Wärme in ihm steckt, das heißt welchen Heizwert er hat. Ferner kann man durch Messungen feststellen, wieviel Wärme eine Feuerung hergibt. Daraus ergibt sich dann die mehr oder weniger gute Wirtschaftlichkeit.

Wichtig ist dabei vor allen Dingen die Luftzufuhr. Ohne Luft gäbe keine Verbrennung, denn der in der Luft enthaltene Sauerstoff ist für das Verbrennen notwendig. Man kann nun leicht berechnen, wieviel Luft für die restlose Verbrennung einer bestimmten Menge Feuerungsmaterial erforderlich ist. Für ein Kilogramm ganz reine Kohle braucht man mindestens zwei Kubikmeter Sauerstoff. Da aber die Luft nur zu einem Fünftel aus Sauerstoff besteht, während der größere Teil Stickstoff ist, so sind 10 Kubikmeter Luft zur Verbrennung von einem Kilogramm Kohle notwendig.

Zum praktischen Betrieb braucht man aber mehr, und je größer der Unterschied zwischen der technischmäßigen und der wirklichen Luftmenge ist, desto ungünstiger arbeitet die Feuerung. Das kommt daher, daß die überschüssige Luft auch Wärme verbraucht, denn sie strömt ja fast in die Feuerung hinein und zieht heiß wieder ab. Dadurch geht Wärme verloren, und außerdem erreicht man bei starker Luftzufuhr keine hohen Heizgrade. Hier zeigt sich nun der Wert der flammenlosen Feuerung. Sie hat einen sehr geringen Luftbedarf, der den technischmäßigen Wert nur um $\frac{1}{2}$ % übersteigt. Vorartigen Feuerungen wird man in der Zukunft immer mehr Aufmerksamkeit widmen müssen, denn die Kohlenverträte der Welt schwinden schnell. Wir treiben Raubbau an ihnen und können vorläufig nur hoffen, daß unsere Urenkel andere Energiequellen gefunden haben, wenn die Kohlenlager einmal aufgebraucht sein werden. Die Wasserkräfte allein tun's nicht; selbst wenn wir alle vorhandenen Wasserkräfte ausnützen könnten, würden sie doch nicht im entfernten ausreichen, den Bedarf der Menschheit an elektrischem Strom zu decken.

Der Spiralbohrer spricht!

Es gibt wohl — meine Kollegin, die Schmiedecheibe, vielleicht ausgenommen — kaum ein Werkzeug, das soviel Verwendung in der Werkstatt findet, wie ich, der Spiralbohrer. Ich behaupte dies nicht, weil ich mir etwas darauf einbilde, sondern stelle es lediglich als Tatsache fest, um einer irrtümlichen Einschätzung meiner selbst, die sich auf meine Unschärfe gründen könnte, vorzubeugen.

Sie schüre voraus, daß ich aus einer ganz neuzeitlichen Fabrik stamme, also eine gute Kinderstube und Schule durchgemacht habe und, ehe ich meine Laufbahn im Betriebe antrat, gründlich auf meine Brauchbarkeit für die Praxis geprüft worden bin. Das letztere trifft allerdings nur für diejenigen von uns zu, die für Spezialarbeiten bestimmt und deswegen aus Schnellschneidstahl gefertigt sind. Bei meinen geringeren Brüdern wird die Prüfung durch sauberste und genaueste Herstellung ersehen.

Wenn ich nun meine ersten Bohrarbeiten ausführen soll, sollte du also mit mir, was Genauigkeit des Bohrloches und Leistungsfähigkeit betrifft, keine bösen Erfahrungen machen. Und doch mag dies zuweilen der Fall sein. Dann, lieber Arbeiter, schimpfe aber nicht auf mich, sondern prüfe zunächst ob die Maschine, von der ich abhängig bin, ordnungsgemäß eingerichtet ist, ob sie unbedingt in der Lage steht und darf geeigneter Befestigungen und Unterlagen beim Arbeiten nicht zittert. Hierfür bin ich nämlich sehr empfindlich!

Weiter lorge dafür, daß die Spindel in axialer Richtung kein Spiel hat oder daß nicht etwa der Dekker auf den Antriebscheiben gleitet. Das würde mich nämlich hindern, mit dem nötigen Nachdruck den Span zu entfernen. Beiläufig will ich noch bemerken, daß du einen zu starken Riementrieb nicht durch Anwendung von Riemen-Schmiere, sondern nur durch Verkürzung des Kreisbremens beseitigen darfst. Ob Spiel der Spindel in Längsrichtung vorhanden, so kann ich dadurch beim Durchstoßen des Materials, also beim Herortreten aus dem Loch, entweder durch Abbrechen oder durch Aufspalten in der Länge zu Schaden kommen.

Im allgemeinen ersüße ich meine Pflicht am besten, wenn ich unter Berücksichtigung der jeweiligen Verhältnisse mit den Geschwindigkeiten laufen darf, die sich durch die Praxis als die zweckmäßigsten ergeben haben. Dabei beachte stets, daß ich für jedes Material eine andere Umdrehungszahl haben muß. Bei weichem Material, wie Messing, Kupfer u. dergl. kann ich natürlich schneller laufen und einen stärkeren Vorlauf bekommen, als beispielsweise bei Eisen oder gar Stahl. Für die Erfüllung dieses meines Wunsches werde ich mich stets durch ein langes Scharfbleiben und durch größere Lebensdauer erkenntlich zeigen. Wenn ich möchte, genau wie die Menschen, nicht nur ein hohes Alter erreichen, sondern auch, solange ich lebe, Freude am Dasein haben und Zufriedenheit verbreiten.

Soll ich nicht einen Knads an meiner Seele" darübertragen, der für einen Spiralbohrer noch weit häufiger als beim Menschen tödlich verläuft, so mußt du ferner beim Aufbohren von *vorgebohrten Löchern* oder von Gußlöchern größte Vorsicht walten lassen; denn der verhältnismäßig schwachen Schicht des noch zu entfernenden Materials könnten sich meine Lippen leicht eingraben und dadurch die Ueberlache zum Aufreißen geben. Hast du solche Aufschränkungen auszuführen, so möchte ich dir raten, dich dazu eines Breitbands von mir, des Spiralsenlers zu bedienen. Der hat nämlich eine dreifache Führung, dementsprechend auch drei Schneidlippen, und deswegen ist er nicht so sehr der Gefahr des Einholens und Verlausens ausgesetzt wie ich.

Ich schöffe ganz allein bei der praktisch erprobten Geschwindigkeit in Verbindung mit dem passenden Vorschub den günstigsten Nutzen, und ich sollte zur Kühlung meiner Schneidflächen immer rechtlich mit Bohrlösung oder Seifenwasser versorgt werden. Gebrauch aber dazu niemals Waschinenöl! Gegen dieses habe ich nämlich eine unüberwindliche Abneigung. In der Sprache einer Freunde nennt man das ja wohl Idiotenkraut.

Selbst wenn du dich meiner unter idealen Bedingungen bedienst und auch alle bisher erwähnten Voraussetzungen erfüllst, wird doch sehr bald der Zeitpunkt eintreten, wo meine abgerückten Schneidlippen

des Nachhängens bedürfen. Dann wird es notwendig, daß mit doppelter gute Behandlung zu teil wird, denn von dem richtigen Nachhängen hängt mein Wohl und Wehe ab. Bin ich unrichtig nachhängen, so kann das die Ursache der mannigfaltigsten Mängel sein. Ich bohre dann zu grobe Löcher, breche häßlich, werde schnell stumpf, leiste nicht genug, verursache Kraftverlust usw.

Deshalb ist es von großer Wichtigkeit, sich richtig nachhängen. Befolge es, wenn irgend möglich, auf Spezialmaschinen; denn ein Schärfen von Hand wird dir erst nach Jahrelangen Tätigkeit im Berufe gelingen, und auch dann wird du nur unter großem Aufwand an Zeit und Mühe ein an den Maschinenschiff heranreichendes Ergebnis erzielen. Die für das Nachhängen von Spiralbohrern jetzt vorhandenen Maschinen sind dank ihrer Selbststellung derart einfach und zuverlässig, daß ihre Anschaffungskosten in ganz kurzer Zeit getilgt sind. Soll ich gute Schnittfähigkeit bestehen, so mußt du meine Spikes unter einem Winkel von etwa 116 Grad ansetzen. Beihalten, sprichend Material würde ein größerer Winkel — bis 130 Grad — und bei weichen Stoffen ein kleinerer — bis etwa 90 Grad — günstiger sein; doch mußt du einem statt veränderten Winkel die Nutenform und damit den Fräser zu ihrer Herstellung angepassen. Schärfst du mich so, daß eine Seite über die Mitte hinausgeschliffen und dadurch länger wird, so werde ich mich nicht nur im Material verlaufen, sondern meine Schneidlanze wird die ganze Arbeit zu teuren haben und deshalb schneller als die Kurzschliff werden. Sind die Schnittmeinzel der beiden Seiten verschieden, so werde ich ebensfalls ungleichmäßig beansprucht und das hat die schon erwähnten Nachteile.

Wichtig ist ferner noch, daß ich den jeweils bestgeeigneten Hinterluff erhalte. Seine Lage muß mit einer parallel zu den Schneidlanzen gezogenen Geraden einen Winkel von etwa 55 Grad bilden. Sobe andere Lage vergrößert nämlich die Vorschubkraft, ohne das Drehmoment irgendwie zu beeinflussen. Und nun zum Schluss noch eins: Wenn du mir einen besonders großen Dienst erweisen willst, so spüle mich an, und zwar in jedem Fall und für jedes Material. Mach das mit einer schmalen Schmiedecheibe von Hand und möglichst gleichmäßig auf beiden Seiten. Wenn ich nämlich nicht angewöhnt bin, so breche ich sehr oft an den Schneidlippen in der Nähe der Querschneide aus. Du kannst daraus erkennen, daß ich das Bestreben habe, mich selbst anzustimmen, wenn man es unterläßt. Durch Versuche ist festgestellt worden, daß ich nach dem Auswippen einen um 15,5 % vermindernden Achtfelddruck hatte.

Ich habe gesprochen. Und nun ans Werk! Der Spiralbohrer.

Krupp liefert das 10000. Viertschaf aus nichtrostendem Stahlblech

Das Eisen, dieser so überaus wichtige Werkstoff, zeigt die unangenehme Eigenschaft des Rostens; es wird durch Feuchtigkeit im Beisein von Luftauerstoff zerstört und fällt automatisch bei Belastung anheim. Man kennt im allgemeinen zwei Wege, diesen Verfall entgegenzuwirken: das Aufbringen von schützenden Überzügen, die freilich meistens nur kurzere Zeit halten, und die Herstellung besonderer Eisenlegierungen. Gerade auf diesem Gebiete sind in der letzten Zeit glänzende Erfolge erzielt worden. Wissenschaftliche Verluch über die Rostneigung verschiedener Eisen- und Stahlsorten führen zu der Erkenntnis, daß Nickelzusatz die Rostbildung verhindert; sodann setzte man Nickel durch Chrom und neuerdings wurde gefunden, daß bestimmte Chrom-Nickellegierungen am rostfreisten sind. Die von Krupp hergestellten Sonderstähle kosten nicht und zeigen darüber hinaus noch größte Widerstandsfähigkeit gegen viele Säuren und Salzlösungen; sie haben auch sonst noch merkwürdige Eigenheiten: sie sind unmagnetisch, weisen nur etwa den dritten Teil der Wärmeleitfähigkeit des Flußstoffs auf und besitzen eine doppelt so große Festigkeit wie dieses. Es ist klar, daß ein solch wertvoller Werkstoff sich in der gesamten Industrie zur Einführung kommt und sich dauernd weitere Gebiete erobert. Als neueste Anwendungsbiete im Haushalt auf erwähnt: Wäschesiebe, Siebe, Schlagbretter, Strichnadeln, Düsselfederalteile, Schreibfedern. In der zahnärztlichen Praxis werden heute Gaumenplatten aus nichtrostendem Stahl angefertigt. Neu ist ferner die Herstellung rostfreier Gewehrläufe. Bedeutende Erfolge erzielt der hochwertige Stahl insbesondere im Brauereigewerbe. Die Firma Krupp gibt an, daß sie fürlich das 10000. Viertschaf aus nichtrostendem Stahl auslieferte. Durch den Wegfall jeglicher Isolationsschläge (Pech, Vas, Birn) bleibt die Güte des Bieres voll erhalten. Das Material verhält sich säureflüssigkeiten, insbesondere Bier gegenüber vollkommen unangreifbar und ist auch säurebeständig. Infektionsgefahr wird für das Bier ausgeschaltet, da vor der Füllung der Gefäße eine Reinigung bis zur völligen Sterilität durch Abdämpfung mit nachfolgender Heiz- und Kaltwasserpülung ermöglicht wird. Für die letzten Zeit kommen auch Bierhähne und Großschänke aus nichtrostendem Stahlblech in den Handel, die den Bierauslauf von der Kohlensäurefläche unabhängig machen.

Luftschiffhüllen ganz aus Duralumin

Der Ballondörper der Zeppeline bestand aus Aluminiumblech mit Segeltuchüberzug, versteift und getragen durch ein kräftiges Gestell aus Aluminiumstäben, und war in Kammern eingeteilt, in denen sich die eigentlichen Gasbehälter, das heißt, die mit Wasserstoff gefüllten Gummiballons befanden. Schon während des Krieges ging Zeppelin dazu über, für den Bau der Luftschiffe das zähe Duralumin zu verwenden. Das Material verhält sich säureflüssigkeiten, insbesondere Bier gegenüber vollkommen unangreifbar und ist auch säurebeständig. Infektionsgefahr wird für das Bier ausgeschaltet, da vor der Füllung der Gefäße eine Reinigung bis zur völligen Sterilität durch Abdämpfung mit nachfolgender Heiz- und Kaltwasserpülung ermöglicht wird. Für die letzten Zeit kommen auch Bierhähne und Großschänke aus nichtrostendem Stahlblech in den Handel, die den Bierauslauf von der Kohlensäurefläche unabhängig machen. So denkt das Material, verhält sich säureflüssigkeiten, insbesondere Bier gegenüber vollkommen unangreifbar und ist auch säurebeständig. Infektionsgefahr wird für das Bier ausgeschaltet, da vor der Füllung der Gefäße eine Reinigung bis zur völligen Sterilität durch Abdämpfung mit nachfolgender Heiz- und Kaltwasserpülung ermöglicht wird. Für die letzten Zeit kommen auch Bierhähne und Großschänke aus nichtrostendem Stahlblech in den Handel, die den Bierauslauf von der Kohlensäurefläche unabhängig machen. So denkt das Material, verhält sich säureflüssigkeiten, insbesondere Bier gegenüber vollkommen unangreifbar und ist auch säurebeständig. Infektionsgefahr wird für das Bier ausgeschaltet, da vor der Füllung der Gefäße eine Reinigung bis zur völligen Sterilität durch Abdämpfung mit nachfolgender Heiz- und Kaltwasserpülung ermöglicht wird. Für die letzten Zeit kommen auch Bierhähne und Großschänke aus nichtrostendem Stahlblech in den Handel, die den Bierauslauf von der Kohlensäurefläche unabhängig machen. So denkt das Material, verhält sich säureflüssigkeiten, insbesondere Bier gegenüber vollkommen unangreifbar und ist auch säurebeständig. Infektionsgefahr wird für das Bier ausgeschaltet, da vor der Füllung der Gefäße eine Reinigung bis zur völligen Sterilität durch Abdämpfung mit nachfolgender Heiz- und Kaltwasserpülung ermöglicht wird. Für die letzten Zeit kommen auch Bierhähne und Großschänke aus nichtrostendem Stahlblech in den Handel, die den Bierauslauf von der Kohlensäurefläche unabhängig machen. So denkt das Material, verhält sich säureflüssigkeiten, insbesondere Bier gegenüber vollkommen unangreifbar und ist auch säurebeständig. Infektionsgefahr wird für das Bier ausgeschaltet, da vor der Füllung der Gefäße eine Reinigung bis zur völligen Sterilität durch Abdämpfung mit nachfolgender Heiz- und Kaltwasserpülung ermöglicht wird. Für die letzten Zeit kommen auch Bierhähne und Großschänke aus nichtrostendem Stahlblech in den Handel, die den Bierauslauf von der Kohlensäurefläche unabhängig machen. So denkt das Material, verhält sich säureflüssigkeiten, insbesondere Bier gegenüber vollkommen unangreifbar und ist auch säurebeständig. Infektionsgefahr wird für das Bier ausgeschaltet, da vor der Füllung der Gefäße eine Reinigung bis zur völligen Sterilität durch Abdämpfung mit nachfolgender Heiz- und Kaltwasserpülung ermöglicht wird. Für die letzten Zeit kommen auch Bierhähne und Großschänke aus nichtrostendem Stahlblech in den Handel, die den Bierauslauf von der Kohlensäurefläche unabhängig machen. So denkt das Material, verhält sich säureflüssigkeiten, insbesondere Bier gegenüber vollkommen unangreifbar und ist auch säurebeständig. Infektionsgefahr wird für das Bier ausgeschaltet, da vor der Füllung der Gefäße eine Reinigung bis zur völligen Sterilität durch Abdämpfung mit nachfolgender Heiz- und Kaltwasserpülung ermöglicht wird. Für die letzten Zeit kommen auch Bierhähne und Großschänke aus nichtrostendem Stahlblech in den Handel, die den Bierauslauf von der Kohlensäurefläche unabhängig machen. So denkt das Material, verhält sich säureflüssigkeiten, insbesondere Bier gegenüber vollkommen unangreifbar und ist auch säurebeständig. Infektionsgefahr wird für das Bier ausgeschaltet, da vor der Füllung der Gefäße eine Reinigung bis zur völligen Sterilität durch Abdämpfung mit nachfolgender Heiz- und Kaltwasserpülung ermöglicht wird. Für die letzten Zeit kommen auch Bierhähne und Großschänke aus nichtrostendem Stahlblech in den Handel, die den Bierauslauf von der Kohlensäurefläche unabhängig machen. So denkt das Material, verhält sich säureflüssigkeiten, insbesondere Bier gegenüber vollkommen unangreifbar und ist auch säurebeständig. Infektionsgefahr wird für das Bier ausgeschaltet, da vor der Füllung der Gefäße eine Reinigung bis zur völligen Sterilität durch Abdämpfung mit nachfolgender Heiz- und Kaltwasserpülung ermöglicht wird. Für die letzten Zeit kommen auch Bierhähne und Großschänke aus nichtrostendem Stahlblech in den Handel, die den Bierauslauf von der Kohlensäurefläche unabhängig machen. So denkt das Material, verhält sich säureflüssigkeiten, insbesondere Bier gegenüber vollkommen unangreifbar und ist auch säurebeständig. Infektionsgefahr wird für das Bier ausgeschaltet, da vor der Füllung der Gefäße eine Reinigung bis zur völligen Sterilität durch Abdämpfung mit nachfolgender Heiz- und Kaltwasserpülung ermöglicht wird. Für die letzten Zeit kommen auch Bierhähne und Großschänke aus nichtrostendem Stahlblech in den Handel, die den Bierauslauf von der Kohlensäurefläche unabhängig machen. So denkt das Material, verhält sich säureflüssigkeiten, insbesondere Bier gegenüber vollkommen unangreifbar und ist auch säurebeständig. Infektionsgefahr wird für das Bier ausgeschaltet, da vor der Füllung der Gefäße eine Reinigung bis zur völligen Sterilität durch Abdämpfung mit nachfolgender Heiz- und Kaltwasserpülung ermöglicht wird



Sozialpolitif



Hilfe der werdenden Mutter

Zu den vornehmsten Aufgaben der Gesellschaft gehört auch die Sorge für das kommende Geschlecht. Diese Fürsorge findet am besten ihren Ausdruck in einem weitgehenden Ausbau der Schutzbestimmungen für die werdende, besonders der erwerbstätigen Mutter. Den ersten Versuch, die Schutzbestimmungen für die werdende Mutter zu verbessern, enthält der § 22 des Entwurfs eines Arbeitschutzgesetzes. Da die Verabschiedung dieses Gesetzes durch den Reichstag noch lange auf sich warten lassen kann, sah sich die Reichsregierung veranlasst, diese Frage durch ein besonderes Gesetz vorweg zu regeln.

Am Nr. 21, 1927, des RAVL wird das „Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft“ veröffentlicht. Es übernimmt vornehmlich die im § 22 des Entwurfs eines Arbeitschutzgesetzes enthaltenen Bestimmungen. Das Gesetz hat Geltung für die Beschäftigung von Frauen, die der Krankenversicherungspflicht unterliegen. Ausgenommen ist jedoch die Beschäftigung in den Betrieben der Land- und Forstwirtschaft, der Tierzucht und der Fischerei, ferner auch die Beschäftigung in der Hauswirtschaft.

Bisher bestand eine Schutzvorschrift im § 137 der Reichsgesetzeordnung, wo der Absatz 6 bestimmte, daß in Betrieben mit mehr als 10 Arbeitern, Arbeiterinnen vor und nach ihrer Niederkunft während 8 Wochen, von denen 6 Wochen nach der Entbindung liegen müssen, nicht beschäftigt werden dürfen. Das neue Gesetz erweitert den Schutz auch auf Arbeiterinnen in Kleinbetrieben und auf weibliche Angestellte. Weiter bestimmt das Gesetz, daß schwangere Arbeiterinnen berechtigt sind, ihre Arbeit einzustellen, wenn sie durch ärztliches Zeugnis nachweisen, daß sie voraussichtlich binnen 6 Wochen niederkommen. Für die ersten 8 Wochen nach der Entbindung dürfen die Wochnerinnen nicht beschäftigt werden, und für weitere 6 Wochen sind sie berechtigt, die Arbeit zu verweigern, wenn sie durch ärztliches Zeugnis nachweisen, daß sie infolge der Entbindung noch krank und arbeitsunfähig sind.

Während dieser Zeit von 12 oder 18 Wochen ist eine Kündigung durch den Unternehmer unverhältnismäßig. Ist bereits vorher gekündigt, dann wird der Ablauf der Kündigungsfrist um die Dauer der Schutzfrist hinausgeschoben. Zulässig ist jedoch während dieser Zeit eine Kündigung, die aus einem anderen wichtigen Grunde erfolgt, die nicht mit der Schwangerschaft zusammenhängt. Mütter, die ihr Kind stillen, können die zum Stillen erforderliche Zeit bis zu täglich zweimal eine halbe Stunde oder einmal eine Stunde fordern. Unternehmer, die Wochnerinnen binnen 6 Wochen nach der Niederkunft beschäftigen oder die Freizeit zum Stillen des Kindes nicht gewähren, können mit Geldstrafe und bei Wiederholung binnen 3 Jahren mit Geld- und Gefangenstrafe belegt werden. Die Strafe trifft die Betriebsleiter, aber andere Aussichtspersonen, sofern der Unternehmer diesen die Erfüllung seiner Pflichten übertragen hat.

Diese Bestimmungen über den Schutz der werdenden Mutter würden ihre Wirkung und ihren Zweck verfehlten, wenn nicht neben den Schutzvorschriften auch eine wirksame Hilfe für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit eintrete. Die Wochnerin wird in der Regel, wenn sie mit ihrer Arbeit aussehen muß, auch ihren Verdienst verlieren. Da von dem sogen. Lohn meistens

keine Erspornisse gemacht werden können, werden die meisten Wochnerinnen mittellos dastehen. Aber gerade während der Schwangerschaft bedarf die werdende Mutter einer besonderen Pflege.

Hier ist nun insofern rechtzeitig vorgebeugt, als bereits ab 1. Oktober 1926 eine Änderung der Bestimmungen über die Wochenhilfe in der Reichsversicherungsordnung sich auf die neuen Verhältnisse einstellt. Die vom 1. Oktober 1926 an geltenden Vorschriften besagen: Eine Schwangere, die durch ärztliches Zeugnis nachweist, daß sie voraussichtlich binnen sechs Wochen ihre Niederkunft erwarten kann, erhält schon für diese Zeit ein Wochenlohn in Höhe des Krankengeldes, und zwar auch dann, wenn sich der Arzt in der Zeitberechnung irrt. Die Wochnerin kann also in diesem Falle sogar für mehr als sechs Wochen vor der Entbindung Krankengeld beanspruchen, wobei zu beachten ist, daß der Anspruch auf Wochengeld ihr die sechs Wochen nach der Entbindung bestehen bleibt, ganz gleich, ob vor der Entbindung für 6 oder mehr Wochen bereits Wochengeld gezahlt wurde. Neben dem Wochengelde erhält die Wochnerin eine Hebammenhilfe, ferner, wenn erforderlich, Arzt und Arznei, dazu eine einmalige Entbindungsgebühr von 10 RM und für die Zeit, wo die Wochnerin das Kind stillt, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes für 12 Wochen nach der Entbindung. Sömtliche Leistungen der Wochenhilfe sind durch die Krankenkasse zu gewähren, wobei jedoch als Voraussetzung gilt, daß die Wochnerin in den letzten 2 Jahren mindestens 10 Monate, davon im letzten Jahre vor der Entbindung mindestens 6 Monate gegen Krankheit versichert war und zur Zeit der Schwangerschaft noch Mitglied der Krankenkasse ist.

Wein diese Voraussetzung für die Gewährung der Wochenhilfe nicht erfüllt ist, dann gelten folgende Bestimmungen: Lebt die Wochnerin im Haushalt ihres gegen Krankheit versicherten Ehemannes oder, falls die Wochnerin noch ledig ist, im Haushalt ihres gegen Krankheit versicherten Vaters oder ihrer Mutter, und sind diese in den letzten 2 Jahren vor der Entbindung mindestens 10 Monate, davon im letzten Jahre vor der Entbindung mindestens 6 Monate gegen Krankheit versichert gewesen, dann erhält die Wochnerin die Familienwochenhilfe. Diese Familienwochenhilfe wird im gleichen Umfang und für die gleiche Dauer wie die Wochenhilfe gewährt, nur das Wochengeld wird nicht in Höhe des Krankengeldes, sondern mit täglich 50 Pf und das Stillgeld mit täglich 25 Pf ausgezahlt. Eine Wochnerin, die die Leistungen der Familienwochenhilfe benötigt, ist berechtigt, falls sie gegen Krankheit versichert ist, daneben noch das Krankengeld aus ihrer Krankenversicherung zu beziehen, sofern sie vom Arzt krank und arbeitsunfähig geschrieben wird.

Soll aber die Voraussetzung für die Familienwochenhilfe auch nicht gegeben, dann muß der Bezirksfürsorgeverband auf Grund der Sozialversicherungsordnung die Wochenversorgung im gleichen Umfang wie die Familienwochenhilfe gewähren.

Somit ist nun ein besserer Schutz der werdenden Mutter durch das neue Gesetz geschaffen, und es wird Aufgabe der beteiligten Personen sein, ihre Rechte aus diesem Gesetz weitgehendst in Anspruch zu nehmen.

O. Feldmann.

Des Lehrlings Rechte

(Schluß)

All die Tage sahen die Firmenhaber die Sache mit an. Dann wurden die Lehrlinge nach Hause geschickt, weil rein gar nichts vorliegen wollte und die Firma besser wegzukommen meinte, wenn der Betrieb ganzlich ruhte.

Als Karl und seine Lehrkollegen sich im Streitkloß meldeten, weil sie nun auch nach ihrer Meinung wirkliche Streitende waren, ging es gar nicht ihren Wünschen gemäß, als Kollege Kraft sie samt ihren Vätern für den Abend in das Verbundsbüro bestellte, damit dort eine Klage gegen die Firma aufgenommen würde. Aber auch Karls Vater, der gleichfalls am Streit beteiligt war, hatte die gleiche Meinung wie Kollege Kraft. Wenn die Firma trotz des Lehrlingvertrages die Lehrlinge wegen des Streits nicht beschäftigte, sollte sie doch den Lohn weiter bezahlen. Der Vater schloß die Belehrung seines Sproßlings mit dem lächelnden Hinweis, wie Karl denn seinen Streit durchhalten wolle, weil der Verband ihm in für den Groschenbeitrag keine Streitunterstützung zahle. Darauf hatte Karl in seinem Eifer noch gar nicht gedacht. Er zahlte als jüngerer Lehrling noch den Beitrag der fünften Klasse. Nun nahm er sich vor, schwärmend in die nächste Klasse überzutreten. Freilich, 40 Pf Beitrag in der Woche, das war für seine Verhältnisse viel Geld. Aber hoffentlich würde die Mutter in Sachen des Taschengeldes mit sich reden lassen, wenn der Streit vorüber war.

Karls läblicher Eiser hatte Erfolg. Nachdem erklärte die Mutter, sie wolle nicht so hartnäckig sein wie die Unternehmer, in einen Hungerstreik große Erhöhung des Taschengeldes braude Karl nicht einzutreten. Die Höhe seines Einkommens stände sowieso im umgekehrten Verhältnis zu seiner Eglut. Abgesehen, wenn der Streit gewonnen würde, hätten ja auch die Lehrlinge mit einer Erhöhung ihrer „Belegs“ zu rechnen. Die Sache wurde sich also ausgleichen.

Abends war Karl pünktlich im Verbundsbüro. Die Väter der organisierten Lehrlinge gaben dem Verbandsvertreter, der die Rechtsanwälte zu bearbeiten hatte, Vollmacht für die Klage gegen die Firma. Karl hatte hier Gelegenheit, seine Rechtskenntnisse zu erweitern. Er erfuhr, daß der Anspruch auf die weitere Bezahlung beständiger war durch den abgeschlossenen Lehrvertrag sowie auf Grund des § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Er erfuhr aber auch, daß nicht alle Lehrlinge der bestreiten Betriebe in gleicher Lage waren. Einige Lehrverträge enthielten eine Bestimmung, in der die Firmen sich ausdrücklich das Recht vorbehielten, die Lehrlinge bei Streit und anderen Betriebsstörungen ohne Entschädigung zu destruieren. Die Lehrlinge, deren Väter solche Verträge unterschrieben hatten, waren auch nach Karls geschickten Worte eine Klage erfolglos gewesen, eben wegen der erwähnten Bestimmung.

Noch ehe Karls Klage zur Verhandlung vor dem Arbeitsgericht kam, boten die Unternehmer Verhandlungen an zur Beendigung des Streits. Die Gesellschaft der Streitenden tat ihre Wirkung. Die Unternehmer machten annehmbare Zugeständnisse in der Lohnfrage. Die große Mehrheit der Streitenden stimmte für Annahme des Angebotes. Der Streit war dadurch beendet, die Arbeiter nahmen die Arbeit so geschlossen wieder auf, wie sie die Betriebe verlassen hatten.

Am zufriedensten waren die Unorganisierten. Aber um Gottes willen die Zufriedenheit nicht merken lassen! Zum Gegenteil. Es wurde wieder weitergekümmert. Besonders Banzle, der seinerzeit den Lehrling

ständlich ging das nach den Bestimmungen des Tarifvertrages. Gilt die erwarteten Überstunden war die Sache klar. Der Betriebsrat verhandle mit der Betriebsleitung, wie lange die Überstunden geleistet werden sollten.

Auch die Lehrlinge sollten Überstunden machen. Der Tarifvertrag galt aber nicht für Lehrlinge. Da berief die Firma sich auf die Arbeitszeitverordnung nach der sie an 30 Tagen Überstunden anordnen könne. Die Firma war im Recht, unter dieser Bestimmung der Arbeitszeitverordnung (§ 3) sollen auch die Lehrlinge für den Betriebsrat gads keine Möglichkeit, die Lehrlinge vor den Überstunden zu bewahren. Allerdings galt das nur für die über 16 Jahre alten Lehrlinge.

Für die jüngeren Lehrlinge macht der Betriebsrat § 136 der Werbeordnung geltend. Weil durch die Überstunden die tägliche Arbeitszeit mehr als 8 Stunden betrug, hätten die unter 16 Jahre alten Lehrlinge nicht nur eine einstündige Mittagspause haben müssen, sondern auch vor- und nachmittags je eine halbstündige Pause. Das passte aber nicht in die im Betrieb übliche Arbeitszeitteilung. Verzweifelt rang der Betriebsleiter die Hände und beschwore den Betriebsrat, doch ein Einsehen zu haben und auf die bewünschten Pausen zu verzichten. Man könnte doch unmöglich die ganze Ordnung über den Haufen werfen.

Aber der Betriebsrat blieb sehr entweder befremdet die jüngeren Lehrlinge die verlängerten Pausen, wenn sie Überstunden machen, oder sie blieben von den Überstunden verschont. Rote Gebungen gab die Firma nach. Da noch nicht 16 Jahre alten Lehrlinge konnten nach achtstündiger Arbeitszeit den Betrieb verlassen.

Die älteren Lehrlinge freilich mußten die Überstunden leisten. Durch geschicktes Unterhandeln gelang es aber dem Kollegen Kraft, für die Lehrlinge die Überstunden herauszuholen. Nach der Arbeitszeitverordnung hätte die Firma diese Zusätze nicht zahlen brauchen, denn § 6a der Verordnung nimmt ausdrücklich die Lehrlinge aus. Die Firma ließ sich aber überzeugen, daß es bei der im Betrieb herrschenden Arbeitsweise nicht vorstellbar sei, die Lehrlinge zu den Überstunden zu zwicken, ohne gleichzeitig einen Zusatz dafür zu geben.

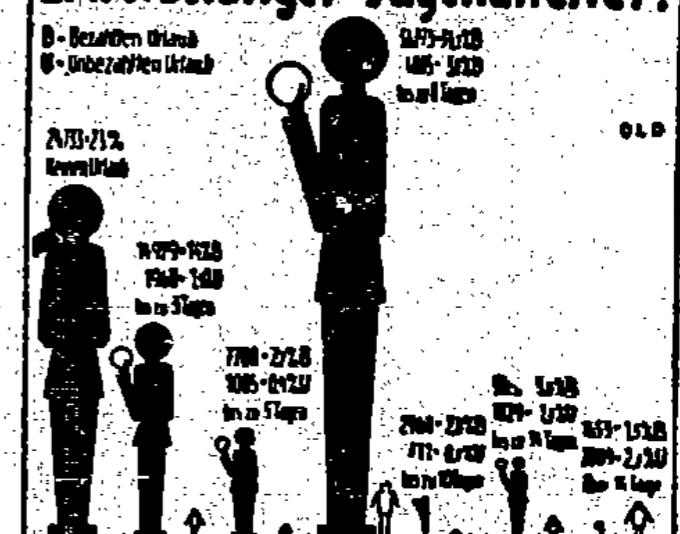
Wie Karl von seinen Mitschülern in der Berufsschule erfuhr, wurden in anderen Betrieben die Lehrlinge vielfach zu Überstunden gezwungen, ohne den Zusatz zu bekommen. In einigen Betrieben, die dem Tarifvertrag nicht unterstanden, hatten die Unternehmer die Genehmigung des Gewerbeausschusses eingeholt (§ 6 der Arbeitszeitverordnung). In den kleineren Betrieben ging es oft ganz willig zu. War kein Betriebsrat vorhanden, so schaltete der Unternehmer ganz nach seinem Belieben.

Das gab Karl eine neue Erkenntnis: Das Betriebsrat ist ein sehr wichtiges Gesetz, aber die Arbeiter müssen es auszunutzen verstehen und ihre Rechte geltend machen. überhaupt war es für den Arbeiter gut, Gesetze kennenzulernen. Weil jeden Tag brauchte man diesen oder jenen Paragraphen. Bei einem Gespräch darüber mit dem Kollegen Kraft kannte Karl dessen volle Zustimmung. Die Lehrlinge waren ein wertvolles Stück Papier, wenn sie dem Arbeiter unbekannt waren und er die Anwendung der Gesetze nicht verstand.

Karl hatte den Wunsch, in den Jugendversammlungen mehr über die für den Arbeiter wichtigen Gesetze zu erfahren. Kollege Kraft sprach ihm bei passender Gelegenheit das Arbeitsrecht vor, darüber durfte man allerdings des Guten nicht zu viel tun. Denn Sonderarbeitsmiete wollten nur die wenigsten etwas von den vertraglichen Rechten hören. Trotz der großen Wichtigkeit des Arbeitsrechts für jeden Einzelnen schreckten die meisten vor dem trockenen Stoff zurück. Bei den Jugendabgeordneten sei das wohl verständlich. Aber trotzdem sollte das Wichtigste besprochen werden.

Karl nahm sich vor, die Einführung in das Arbeitsrecht nicht zu versäumen. Und als dann die Übungen kamen, wo die Jugendabteilung des Verbandes sich mit den wichtigsten Fragen des Arbeitsrechts beschäftigte, da war Karl ganz bei der Sache. Einer der Erfolgreisten teilte mit, daß er seine Freunde daran batte. Paul Nicolaus, Gen.

Dauer und Bezahlung des Urlaubs Erwerbstätiger Jugendlicher.



Nach dem Ergebnis einer Umfrage des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände im Frühjahr dieses Jahres hatten von 107 201 Jugendlichen in 39 Großstädten 23,1 % einen Urlaub, 15,8 % Urlaub bis zu 3 Tagen, 8,1 % bis zu 5 Tagen, 38,1 % bis zu 8 Tagen, 14,9 % mehr als 8 Tage im Jahr.

Zur Bekämpfung der Geschlechterunterschiede

Das neue Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechterunterschiede hat dem Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft von Reichsversicherungsträgern Groß-Berlins und der Berliner Arztschaft Veranlassung gegeben, in der Zeit vom 26. bis 30. September eine Auflärungswelle zu veranstalten. Die Auflärung erfolgt über die durch das Reichsamt für das Gesetz am 1. Oktober d. J. entstehenden erheblichen Änderungen der Verhältnisse auf den einschlägigen Gebieten.

Die Woche wird durch eine Veranstaltung im Berliner Rathaus eröffnet werden, bei der von leitenden Persönlichkeiten aus Reich, Staat und Kommune und der Gewerkschaftsbewegung und von den Reichsversicherungsträgern Vorträge über das neue Gesetz gehalten werden. Ferner sollen in 50 Berliner Schulen von Arzten für Großväter Vorträge über die nachstehenden Themen gehalten werden:

1. Geschlechterunterschiede und Nachkommenzahl.
2. Geschlechterunterschiede und Arbeitsmarkt.
3. Neue Wege in der Bekämpfung der Geschlechterunterschiede.

Geschlechter

Zwei kleine junge Flieger tummeln sich in tollsten, hochbrisrenden riesigen Kunstdräuden über der ungeheure Maße von Sandbänken, die den Flugplatz umringten. Alles startete niemals und voll Erwartung in die Luft.

Da plötzlich erklang eine von der Oberleitung eine Warnung durch den Lautsprecher: „Die Passagiere werden dringend erlaubt, bei Lebenrettungsleinen zu sitzen auf Flügeln zu unterlassen.“



Verbandsleben



Die Invaliden- und Altersunterstützung im Verband

Vor unserm Verbandstag in Bremen ist in diesen Spalten wochenlang die Einführung einer Invaliden- und Altersunterstützung erörtert worden. Die Erörterung fand ihren Niederschlag auf dem Verbandstag selbst, der den Vorstand beauftragte, die Sache weiter zu verfolgen und dem nächsten Verbandstag das Ergebnis seiner Arbeit zu unterbreiten. Dass der Vorstand die Sache überaus ernst nimmt, beweist schon die Behandlung durch die leichte Sitzung des Erweiterten Beirates.

Inzwischen ist die Sache weiter gediehen. Der Vorstand hat unterm engern Beirat, der am 19. und 20. September in Stuttgart beisammen war, einen Vorentwurf für die Invaliden- und Altersunterstützung unterbreitet, der sehr eingehend erörtert und in seinen Grundlinien gutgeheissen wurde. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Einführung der neuen Unterstützung getan.

Zunächst wird sich der Erweiterte Beirat mit dem Entwurf beschäftigen. Dann wird er in der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlicht werden, um allen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern. Die Veröffentlichung wird natürlich eine Reihe von Monaten vor dem Verbandstag geschehen, damit genug Zeit zur Aussprache gesichert ist. Eine gründliche und allseitige Aussprache ist in Anbetracht der Wichtigkeit der Sache sehr erwünscht.

Das lehrt, das endgültige Wort wird der Verbandstag zu sprechen haben. Nach der Sitzung in der Mitgliederversammlung und nach der Aufnahme, die der Entwurf des Vorstandes bei unterm engern Beirat gefunden hat, zu urteilen, wird die so oft gestellte Forderung von dem Verbandstag in Karlsruhe erfüllt werden, das heißt, der Verband wird die so oft verlangte und notwendige Unterstützung für seine invaliden und alten Mitglieder einführen. Damit bekommt der Verband eine noch stärkere Anziehungskraft und er wird noch mehr als bislang zum Schutz und Schirm seiner Mitglieder.

An die Mitglieder!

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau stehen die Belegschaften eigenständig in einer Lohnbewegung. Die Löhne sind hier unerträglich niedrig. Es beträgt die Tariflöhne für volljährige Arbeiter 39 bis 55,- M. für eine 10½- bis 12jährige Schichtzeit. Die Unternehmer suchen in allen Teilen des Reiches Arbeiter für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Wie werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter antworten, bei der außerordentlich schlechten Lohnabholung während dieser Bewegung in dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau Arbeit anzunehmen.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Centralverband der Maschinen- und Werkzeug-

Arbeiter der Industrie Deutschlands.

Gewerbeverein deutscher Bergarbeiter.

Gewerbeverein der Fabrik- und Handarbeiter (G. D.).

Mein Verbandsbuch

Geister, als der Kassier bei mir war, nahm ich bei seinem Begrügen das Verbandsbuch in die Hand. Ganz in Gedanken versunken, blätterte ich Seite für Seite um. Lange hatte ich nicht mehr hineingefragt, weil der Kassier sonst immer zum Stehen kommt, wenn meine Frau zu Hause ist.

Gleich einem spannenden Roman mit bunten Bildern sprach das blaue Heftchen zu mir. Da waren die ersten Worte nach dem völkerwundenden Kriege, als die Fabrikarbeiter langsam wieder in Gang kamen. Das waren Worte von Unzufriedenheit und Angst. Gefriet wurde wegen Mangels an Brennstoff. Mit Schlammlochern und durchgemartertem Leid hielt man die Feuer in Gang. Diese, seitige Glühen quollen dann aus den hohen Schloten, fielen schwatz auf die Häuser der Arbeiterviertel.

Langsam zogen die Wöhne an, damit sieg auch der Wert der bunten Beitragsmarken. Ende 1921 waren 5 M. Beitrag erreicht. Dann aber kam ein schneller Umschwung. Das erste Zeichen der Inflation siegte an. immer höher wurden die Summen aus den braunen Marken. Doch was hätte davon gern die jährlinge Katastrophe erwartet, die über die Arbeitsschicht hereinbrechen sollte? Mit 30 M. Beitrag ging das Jahr 1923 an. Schneller und schneller piegeln die Markenzahlen. Im Jahr waren es 30 000 M. geworden, bald war kein Platz mehr für die vielen Nullen auf den Marken. Millionen kamen und Millionen. Nun stand ja man heute noch das Ausmaß des Unglücks. Der Mensch ist verzweigt.

Doch die blonde Reihe der Marken mit den phantastischen Summen rief mit wieder das ganze Elend ins Gesamtum zu. Lohnungen gab es, wie der Wert der zahllosen Scheine nicht den Gang eines Staatslohnes mehr erreichte. Es lagte nicht für das magerste Einer. Aufschätzungen waren anderes vor. Vor der Hand in den Mund lebend, spülte der Arbeiter, zumal die armen Frauen, ihr Dasein. Der Dollar floss flüssig, flüssig.

Da ließ es losen, rannen, daß auch die blassen Scheine loszogen, ehe sie ihren Platz verloren. Sie machte alle Männer, wie manches alte Weibchen, möchte ihrem Leben ein Ende. Sie fanden sich durch diese Welt nicht mehr durch, sie ließen verfangen. Denn lieber den Strand!

Sieh' eine Reihe Marken in meinem Buch mit der Aufschrift: Gewerkschaft. Diese Arbeit in der jährligen Welt. Ja, das war, als der Chef losbrach. Aufsicht aus einer wilken Empörung gegen die Kapitalistische Art, wie man mit Rettungsbooten nach Hause geschafft wurde, indem der Herr Gewerkschaftsleiter ja ein Boot nach dem anderen zog. Aber mit leeren Rettungsbooten, mit leeren Zähnen läuft sich nicht ein Schiff tragen. Und zurück der Schleifer kam, das für eine erstaunliche Rettungsschiffahrt holperig lief. Sieh' sieher aber auf der Seite. Die Schleiferfahrt fand bei Schleifer statt, das heißt, bei der See. Die Schleiferfahrt fand bei Schleifer statt.

Bei dem zweiten Satz kam noch empfindlicher weitere Erklärung des Schleifers nach, da Schleifer nicht ein Boot, ein Boot, sondern ein Boot aus einer wilken Empörung gegen die Kapitalistische Art, wie man mit Rettungsbooten nach Hause geschafft wurde, indem der Herr Gewerkschaftsleiter ja ein Boot nach dem anderen zog. Aber mit leeren Rettungsbooten, mit leeren Zähnen läuft sich nicht ein Schiff tragen. Und zurück der Schleifer kam, das für eine erstaunliche Rettungsschiffahrt holperig lief. Sieh' sieher aber auf der Seite. Die Schleiferfahrt fand bei Schleifer statt, das heißt, bei der See. Die Schleiferfahrt fand bei Schleifer statt.

Metallarbeiter-Zeitung öfter erscheinen

In meiner Straße sind 16 neue Häuser gebaut. Einzelnenhäuser, wie sie in Bremen vorherrschend sind. Wenn daran liegt, dem sei gesagt, daß die Häuser & bis 900 M. kosten. Es sind beide keine Hertigshausen, denn solche baut man in meinem Viertel nicht. Nun, die Proleten zogen ein. Nicht eine Familie in ein Einzelnenhaus, nein, zwei bis drei Familien müssen das Einzelnenhaus überdach gehn. Die 900 M. müssen doch verzinst werden, und das letzte Geld kostet 12 M. So kommen denn 550 bis 600 M. Zinsen heraus, die ein Arbeiter nicht verwohnen kann. Teilweise begnügt sich eine Familie mit einem kleinen Dachlämmchen. Ist das ein Elend!

Wenn sich nun solch eine Straße neu bewohnt, möchte man natürlich gerne wissen, welche Geisteslinder die neuen Nachbarn sind. Ich erwartete Gesinnungsgenossen, die sich gegen ihr unverhältnismäßig Elend wehren würden. Weit gefehlt! Nur zwei von diesen dreißig lesen die Arbeiterpresse. Sie hören nicht, sie leben nicht. Wie kommt es nur, daß unsere Werbearbeit gegen die bürgerliche Presse so wenig erfolgreich ist? Wir zogen doch alle Register! Schriftlich und mündlich. Mit den sachlichsten Gründen. Und doch fast alles umsonst.

Nun, Erich Weinert hat ein treffliches Wort für das gefunden, was unsere Klassegenossen für unsre Werbearbeit unempfindlich machen. Er nennt es „das Bürgerliche in uns“, womit er den Kern trifft. Der Bruderkampf, der sich heute in der Arbeiterpresse ausstellt, ist ganz gewiß nicht geeignet, für unsere Presse zu werben. Aber Mittel und Wege müssen gefunden werden, um die bürgerliche Presse, die wie die Metallarbeiter-Zeitung sehr trefflich schreibt, „Gest aus 1000 Röhren speit“, aus dem Arbeiterhaushalt zu bannen. Wir müssen diese Stiftquellen verschaffen. Unsere Metallarbeiter-Zeitung ist bereits auf dem besten Wege dazu. Sie war nie schlecht. Über früher beschränkte sie sich auf nur rein gewerkschaftliche Gebiete und wurde daher leider nicht in wünschenswertem Maße gelesen. Seitdem sie inhaltlich und räumlich verbessert ist, hört man in ihr mehr den Puls, klug des Proletariats und seiner Organisation. Die MZ muss Familienblatt werden“, hieß es neulich in ihren Spalten. Nein, sie muß es nicht erst, denn sie ist es schon.

Ein Betriebsklassier erzählte mir kürzlich, daß er versehentlich an einem Tage ein Blatt mit alten Zeitungen ausgetragen habe und in der darauffolgenden Woche habe er von den Freunden unserer Mitglieder böse Worte auf den Kopf gekriegt. Früher wären alte Zeitungen gar nicht aufgefallen. Nur in einem Falle genügt unsere Zeitung nicht. Sie erscheint nur einmal in der Woche. Als Familienzeitung muß sie zur Tageszeitung ausgebaut werden. Kriegen unsere Mitglieder ihre Metallarbeiter-Zeitung täglich, dann werden sie, die jetzt noch die bürgerliche Presse halten, diese aus dem Hause. Unsere Zeitung mit ihrem leichten Schrift wird auch den Verbotstexten hören und sehen lernen. Die tägliche Ausgabe der MZ ist zwar nur ein Wunsch. Er wird sich nicht von heute auf morgen verwirklichen lassen, er ist aber wert, einfach in Erwägung gezogen zu werden. Wir würden schon ein großes Studi weiter kommen, wenn unsere Zeitung statt einmal, zweimal in der Woche erschiene. Auch der örtliche Teil müßte mehr berücksichtigt werden. Fest steht ich im Geiste, wie Kollege Kummer den Kopf schüttelt. Aber nur genug, Kollege, das findet sich alles noch. Hier in Bremen hat sich der DGB bereits zu helfen gewußt. Er hat zu den Bürgerschaftswahlen die Mehrheit herangegebracht, die alle vierzehn Tage der Gewerkschaftszeitung beigelegt wird. Es führt viele Worte nach Hause, und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Glückauf!

R. Oppermann

Streit der Heizungsmontiere in Hannover beendet

Der Verband der Centralheizungsindustrie, Ortsgruppe Hannover, hatte sich an das Reichsarbeitsministerium gewandt. Auf dessen Anlaßung berief der Sozialrat für den Bezirk Hannover die Parteien zum 14. September zu einer unverbindlichen Aussprache zwecks Beilegung des Streits. Es entwickele sich daraus Verhandlungen, die am 14., 15. und 16. fortgeführt wurden. Diese führten zu einem Ergebnis, das der Versammlung der Streitenden zur Beschlusssetzung unterbreitet und angenommen wurde.

Die Fortsetzungen der Montiere laufen kurz: Erhöhung der Löhne für Montiere von 1.21 auf 1.40 M., entsprechende Aufbesserung für die übrigen Gruppen. Erhöhung der volles Landzulage von 5 auf 6 M. und Rentregelung der Zulagen für Berufs- und Stadtmontiere; außerdem eine Aufbesserung der Altersre. Nach dem Verhandlungsergebnis vom erhöhte sich die Lohnsätze für die Montiere sofort um 11 M. für die Hilfsmontiere um 8 bis 10 M., für die Helfer um 6 bis 8 M. Es folgen weitere Erhöhungen zu später festgelegten Zeitpunkten, anfangs zum 1. 4. 1928. Die insgesamt erreichten Erhöhungen betragen für die Montiere 19 M. für die Hilfsmontiere 16 bis 17 M. und für die Helfer in den einzelnen Gruppen 11 bis 14 M. die Stunde.

Die neuen Lohnsätze betrugen in Preußen:

	ab 1. 9. 27	1. 11. 27	1. 1. 28	1. 4. 28
Montiere	152	155	157	140
Hilfsmontiere im 2. Jahr	120	123	125	127
" 1. "	112	115	117	120
Helfer, Fuhrarbeiter über 24 Jahre	94	96	97	100
" unter 24 Jahren	82	84	85	87
" angeleute über 24 Jahre	79	81	82	85
" unter 24 Jahren	71	73	74	76

Die Landzulage bei Montieren mit Übernachtung wird erhöht ab

1. September auf 5,50, ab 1. 1. 1928 auf 5,75 M.

Bei Montagen unter 6 Tage Dauer erhöhen sich diese Sätze um 1,25 M. pro Tag.

Die Rentzulagen werden entsprechend der Lohnsteigerung erhöht. Bei Arbeit in weiteren Städten ist eine Rentzulage gegeben.

Die Feste für Montierarbeiten sind in einer Anzahl Positionen gesenkt und wird ein neuer Montierbetrieb eingestellt.

Unter Verhandlungsbefreiung wurde die Arbeit generell am 19. September wieder angenommen. Durch der guten Organisation der Heizungsmontiere konnte der Erfolg in verhältnismäßig kurzer Zeit erreicht werden. Der Stumpf hätte ja verhindern lassen, wenn die Unternehmer von Anfang selbst Einigengenommen gezeigt hätten, wie bei der letzten Verhandlung.

Der Auskunft in Solingen

Im Nr. 37 der Metallarbeiter-Zeitung haben wir bereits auf die angekündigte Einigung in der Solinger Metallindustrie hingewiesen. Daher, daß beide Parteien am 9. und 10. September zu Verhandlungen kamen, wurde der Auskunftsabschluß von den Unternehmern eingeholt. Das Verhandlungsergebnis war durchaus unbefriedigend und es wurde von der Arbeiterschaft abgelehnt. Ein Teil der Betriebe fühlte bereits die Arbeit niedergelegt, eine weitere Anzahl trat nach der Eröffnung des Verhandlungsergebnisses in den Streik. Umgekehrt 1300 Mitarbeiter der Heizungsmontiere legten die Arbeit ebenfalls nieder, da die Unternehmer kein befriedigendes Angebot gemacht hatten. Gest gestrichen der Vorsteher des Auskunftsabschlusses für Solingen-Siedlung ein, ohne daß einer der Betriebe ihm dagegen protestiert. Mit dem gestrichenen Abschluß waren die Solinger Betriebe wieder wie vorher.

Am 20. M. 1928, wurden die Verhandlungen vor dem Schlussabschluß fortgesetzt. Eine Einigung der Parteien konnte nicht erzielt werden. Eine Einigung der Parteien wurde vom Sachsenfeld ein Schiedsgericht gesucht, der Sachsenfeld am 1. September eine Erhöhung von 10 M. für die Frauen und Mädchen, eine für Beamtinnen von mindestens 12 M. und eine von 5 M. für die zweitniedrigste Zahl der Arbeitnehmer und der überörtlich beschäftigten Auslandsschüler von je 10 M.

Die Erklärungserklärung für die Schiedsgerichtschaft läuft am 27. dieses Monats ab. Die solinger Arbeiterschaft wird bis zu diesem Tage durch Urabstimmung zu dem Schiedsgerichtsrecht Stellung nehmen. Ohne die Stellungnahme der Arbeiterschaft abzuwarten, haben noch am gleichen Tage, wo der Schiedsgerichtsabschluß tagte, die Arbeitgeber erneut beschlossen, allen Leuten am 22. September auf den 6. Oktober zu kündigen. Von etwa 25 000 Arbeitern der Metallindustrie Solingens arbeitet nur knapp die Hälfte in den Betrieben, die dem Arbeitgeber verhandelt angegeschlossen sind. Es ist abzuwarten, wie die Stellungnahme unserer Kollegen zu dem Schiedsgerichtsrecht ist. Von der Abstimmung wird die Weiterführung der Bewegung abhängig sein.

Ergebnisse der Verbandsaktivität

Wie der Streit der Klempner konnte nach 2 Wochen mit Erfolg beendet werden. Es kam ein Tarifvertrag aus, der eine für unsere Kollegen günstige Regelung der Ferien, Montageauslösung und Überstundenbezahlung ermöglicht.

Berlin. Der Streit der Dreher und Schlosser der Firma Bergmann wurde nach mehreren Wochen mit Erfolg beendet. Die Stundenlöhne wurden um 3 bis 5 M. erhöht. Für die Arbeiter in den Metallgewerken wurde nach mehreren Verhandlungen und nachdem eine Ankündigung des Streits auf Beischluß der Verbrauchsmänner erfolgte, eine Vereinbarung getroffen, daß die bisherigen Löhne um 6 M. die Stunde erhöht werden. Die Aufbesserung der Tarifpreise erfolgt in der Weise, daß ein höherer Verhandlungsabschluß als wie bisher um 4 M. die Stunde möglich ist. Diese Vereinbarung gilt bis Ende Februar 1928.

Wittenberg. Die Firma Singer & Co. hat sich dem Verband brandenburgischer Metallindustrieller angeschlossen und demnach den in Frage kommenden Tarifvertrag anerkannt.

Leipzig. Für die Schlosser konnte durch Verhandlung eine Erhöhung des Stundenlohnes um 9 M. erzielt werden. Der Spitzelohn beträgt ab 1. 10. ds. J. 1.23 M. die Stunde.

Dürfen Sozialdemokraten nach Russland?

Eine Verichtigung

Durch die kommunistische Presse geht unter der Überschrift: Dürfen Sozialdemokraten nach der Sowjetunion? ein Ausschluß, worin es unter anderem heißt:

„Nebenbei gehen reformistische Gewerkschaftsführer in den Versammlungen mit der Behauptung hausieren, daß dem Verteiler der Metallarbeiter-Schule, Engelbert Graf, der sich um eine Einreise nach der Sowjetunion bemüht habe, dieselbe verweigert wurde. Daran ist jedes Wort falsch und unwahr. Das Gegenteil ist vielmehr richtig. Tatsache ist, daß Engelbert Graf bereits einmal in der Sowjetunion war... Graf, der, wie uns bekannt ist, anfangs die Abstimmung abgelehnt hat, wurde nach einer Einladung Gebrauch zu machen, hat später auf Grund des ausgetübten Drucks von der Russlandseite Abstand genommen. Das ist der wirkliche Sachverhalt.“

Bu diesen Behauptungen der kommunistischen Presse sendet und Genosse Graf folgende Verichtigung:

„Ich habe mich weder um eine Einreise in die Sowjetunion beworben, noch wurde sie mir verweigert. Vor einigen Jahren habe ich letztlich einmal mit einigen Kommunisten über die Möglichkeit einer Einreise gesprochen.“

In der Sowjetunion bin ich noch nicht gewesen. Der Vorsitzende des russischen Metallarbeiterverbandes besuchte mit einem Dolmetscher unsere Schule, wohnte zwei Tage dem Unterricht bei und lud am Schlusse mich und auch die anderen Lehrer zum Besuch der Sowjetunion ein. Ich ersuchte damals um schriftliche Mitteilung und um schriftliche Zusicherung freier Wahl des Dolmetschers und des Reisewagens. Irgend eine Nachricht vom russischen Metallarbeiterverband oder vom russischen Gewerkschaftsbund ist über nichts eingegangen. Daß ich auf Grund des auf mich ausgeübten Drucks von der Russlandseite Abstand genommen habe, kann schon aus dem einfachen Grunde nicht wahr sein, weil ich in dieser Beziehung mit dem Vorstand des DMR nicht in Verbindung getreten bin.“

Engelbert Graf.

Durch die Verichtigung des Genossen Graf sind die Behauptungen der kommunistischen Zeitungen vollständig widerlegt. Ob sie nun mit der Verbreitung solcher Unwahrheiten aufhören werden? ...“

Elster Männerkurs in Tinz

Gewerkschaftliche Errungenschaften in Australien

F. K. Schon lange vor dem Kriege wurde Australien das "Land der sozialen Wunder" genannt. Dieser Ruf ist die letzten Jahre noch weiter bestigt worden; denn zu den früheren sozial-politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften sind noch neue gekommen. Dieser günstige Stand der Dinge ist vornehmlich der freistilichen Organisation der Arbeiter zu verdanken. Von den etwas über 6 Millionen Einwohnern Australiens, das fast fünfzehnmal umfangreicher als Deutschland ist, sind fast eine Million Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Es gehört somit jeder sechste Bewohner einem Gewerkschaftsverein an. In einer Reihe von Berufen sind sämtliche Leute organisiert. Hierzu hat nun freilich auch die Kriegsgegabung in gewissem Sinne beigetragen. In welcher Weise sie nebenbei für die Stärkung der Gewerkschaften wirkt, läßt sich mit ein paar Sätzen erklären.

Die große Mehrzahl der Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern werden in Australien, wie anderswo auch, durch die Vertretungen der beiderseitigen Organisationen geregelt. Für die Fälle, wo dies nicht möglich ist, sind amtliche Schlichtungsstellen vorhanden, und wenn die Schlichter gleichfalls nicht zu einer Regelung kommen, treten die Schiedsämter in Funktion. deren Entscheidungen sind endgültig. Die Schiedsämter der (sechs australischen) Staaten besetzen sich mit gewerblichen Streitigkeiten, die Industrien in nur einem Staate betreffen, während dem Bundesgerichtsamt die Streitfälle unterstehen, die sich über zwei und mehr Staaten erstrecken.

Eine der ersten großen Aufgaben, die den Schiedsämttern gestellt ward, war die Festsetzung eines Grund- oder Mindestlohnes für ungeliebte Arbeiter. Den schüchternen Ansätzen sind lähnere Entscheidungen gefolgt. Heute beträgt der gesetzliche Mindestlohn der Tagelöhner nicht weniger als etwa 98/- die Woche. Nachdem das Schiedsamt den Lohnzettel und die sonstigen Arbeitsbedingungen festgelegt hat, muß sie der Unternehmer erfüllen oder sein Geschäft aufgeben. Es kommt zwar selten, aber doch noch manchmal vor, daß ein Fabrikant weniger als den gesetzlichen Mindestlohn zahlt. Die Gewerkschaften sorgen dafür, daß ihm bald der Prozeß gemacht wird, und der Fabrikant wird bestraft wie jeder andere Verbrecher. Die Strafen sind dermaßen schwer, daß, wie gesagt, es nur selten ein Unternehmer wagt, unter dem gesetzlichen Mindestlohn zu zahlen.

Eine sehr beachtliche Sonderheit der Entscheidungen der Schiedsämter besteht darin, daß die von ihnen ausgesprochenen Lohnesetzung in der Regel nur für die Streitpartei gelten. Da diese auf der Arbeitseite die Gewerkschaften sind, so kommt die Aussetzung nur deren Mitgliedern zugute. Wer nicht organisiert ist, geht leer aus. Die Folge ist, daß sich die Arbeiter vollständig ihrer Gewerkschaft anschließen. So wird es auch verständlich, daß in Australien selbst die Berufe vorzüglich organisiert sind, die in andern Ländern gar nicht oder in geringer Zahl den Weg zur Organisation finden, wie beispielsweise die Landarbeiter, Schäfer und Kuhhirten, die in Australien die stärkste Gewerkschaft bilden, drei Wochenblätter herausgeben und zum Kern der Arbeiterpartei gehören. Der Sekretär des Landarbeiterverbandes (Worker Union) gehört dem Oberhaus des Staates Neufüdwales an.

In Sachen des Kinderschutzes steht Australien an der Spitze aller Länder. Für die Kinder unter 14 Jahren ist jede gewerbliche Tätigkeit unbedingt untersagt. Nachdem sie dieses Alter erreicht haben, müssen sie von der Schulbehörde ein Zeugnis erhalten, daß sie die Prüfung für einen bestimmten (gleich hohen) Bildungsgrad erfolgreich bestanden haben, ehe ihnen erlaubt wird, einer gewerblichen Tätigkeit nachzugehen. Zu den verschiedenen Sozialversicherungen hat sich die Erwerbslosenversicherung eingefügt. Der Staat Queensland machte den Anfang, dem Neufüdwales bald folgte. Der erwerbslose (ledige) Arbeiter erhält 30/- die Woche, wogegen bei den Beiträgen noch Zuschläge für Frau und Kinder kommen. Die Kosten werden durch Beiträge von den Arbeitern, Unternehmen und Regierung ausgebracht. Es besteht die Aussicht, daß die Erwerbslosenversicherung dieser beiden Staaten bald noch weiter ausgebaut und daß sie in den anderen vier Staaten gleichfalls geschaffen wird. Hierfür sprechen gewichtige politische Umstände.

In Australien reicht die Gesetzgebung viel weiter in das lohnpolitische Gebiet oder in den gewerkschaftlichen Aufgabenkreis hinein, als die Gewerkschaften in den meisten anderen Ländern für gut halten. Die australischen Gewerkschafter können der Gesetzgebung riesigende Befugnisse zugestehen, weil sie, die organisierte Arbeiterschaft, einer außerordentlich großen Einfluß auf die Regierung hat, die die sozialpolitischen Behörden oder Ämter geschaffen haben und deren Richter ernannt. Die Arbeiterpartei ist in den Parlamenten von fünf von den sechs Staaten in der Mehrheit und stellt demzufolge die Regierung. Nur noch in einem Staat, in Südaustralien, regiert eine bürgerliche, die liberale Partei. Die Bundesregierung wird zurzeit allerdings noch von den Bürgerlichen gehalten. Doch besteht die wohlgegründete Hoffnung, daß die nächsten allgemeinen Wahlen, die im März 1929 stattfinden, die Arbeiterpartei auch im Bundesparlament an die Herrschaft bringen werden, jumal der Arbeiterpartei nur sechs Sitze an der absoluten Macht fehlen. Im Falle des als ziemlich sicher angesehenen Sieges der Arbeiterpartei, wird das Haupt der Regierung des Staates Queensland, Edward Theodore, der Mitglied der Landarbeitergewerkschaft ist, der Erste Minister des Bundes werden.

Die australischen Gewerkschaften sind nicht wie in den anderen Ländern in einer Spartenorganisation oder einem Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen. Es bestehen selbständige Ortsgruppen, die zum Teil staatlich zusammengesetzt sind. Das Sehnen eines alle umfassenden Bundes mag nicht so sehr gefühlt werden, weil sie sich ja wieder in der politischen Organisation, in der Arbeiterpartei, zusammenfinden. Sie ist indessen eine besondere, von den Gewerkschaften getrennte Körperschaft und ihre Tuglichkeit ist keineswegs auf die Gewerkschafter beschränkt. So die Kriegsbeschaffungen — 2 1/2 im Jahr — die partikulär nicht genügend zufüllen vermögen, veranstalten die Gewerkschaften regelmäßig große Freiluftfeste wie Sport- und Ringkämpfe, deren Überschuss an die Partei fließt.

Wie auf sozialpolitischem, so hat auch auf wahlpolitischem Gebiete Australien verschiedene Neuerungen geschaffen, die nach und nach von anderen Ländern nachgemacht werden. Die Listen-Nominierung, die jetzt in der neuen wie alten Welt vielfach im Gange sind, kommen von Australien. Seit einiger Zeit macht es einen Versuch mit der zwangsweiligen Stimmenabgabe. Alle stimmberechtigten Bürger müssen sich in die amtliche Wahlliste eintragen. Wer das unterlässt, wird mit 40/- bestraft. Einmal eingetragen, muß die Stimme abgegeben werden, oder es ist eine abermalige Buße von 40/- zu erwarten. Mit diesen Strafbestimmungen sind alle möglichen Erleichterungen, um das Abgeben der Stimme getroffen worden. Wenn nötig, kommt der Wahlbeamte an das Bett eines Kranken, damit dieser

sein Wahlrecht ausüben kann. Die Folgen dieser Maßnahmen lassen sich an der Wahlbeteiligung ermessen. Von den bei der letzten Wahl eingeschriebenen 8 299 000 Wählern haben 8 005 000 abgestimmt, und zwar von den Männern 91,8 von den Frauen 90,9 vom Hundert.

Wie bedeutsam auch die sozialpolitischen Einrichtungen und die gesetzlich verhütteten hohen Mindestlöhne sind, sie stellen nur einen Teil der gewerkschaftlichen Errungenschaften dar. Den Gewerkschaften oder ihrer Partei ist es zu verdanken, daß es in zahlreichen öffentlichen und industriellen Gebieten zur Gemeinschaftsarbeit gekommen ist. Im Gegentheil zu den anderen angelsächsischen Staaten sind in Australien die Eisenbahnen im Besitz und Betrieb des Bundes, und sie werden unter dem Gesichtspunkte des Dienstes für die Allgemeinheit und nicht als Profitquelle betrieben. Viel nachdrücklicher als vom Bund wird von den Staaten, besonders in denen, wo die Arbeiterschaft regiert, die Gemeinschaft gefördert. Im Staate Queensland scheint am eifrigsten der "Socialismus am Werk" zu sein. Aus einer amtlichen Schrift (Sozialismus at Work) kann man erssehen, "wie es der australischen Regierung gelang, gewinnbringende Staatsunternehmen dort einzurichten, wo die Bedürfnisse des Volkes staatlichen Wettbewerb oder Staatsmonopol benötigen". Man sieht da, daß Holzfällereien, Fleischverkauf, Fischerei, Zuckfabriken, Alkoholbetrieb, Schiffahrt, Bahnhofs, alle möglichen Versicherungen usw. vom Staate betrieben werden, und es ist ihm auf allen Gebieten wider Erwarten gut gelungen, die privaten Unternehmungen auszuschalten oder doch die Preise nach unten hin fühlbar zu beeinflussen, so daß der "Sozialismus am Werk" auf Besserung der Dienste und auf eine beträchtliche Erhöhung des Reallohnes hinausläuft. Die andern Staaten bemühen sich, dem Beispiel Queenslands zu folgen. Nach den nächsten Wahlen gedeckt man noch beiderart die Gemeinschaft ausdehnen zu können.

Wenn sich die arbeitenden Schichten Australiens eines beispiellos hohen Reallohnes und einer Sozialversicherung ohne gleichen erreichen, so ist dies den Gewerkschaften zu verdanken. Sie sind stark genug, um zu regieren, wodurch die einstige Wildnis der Südsee zu einem "Land der sozialen Wunder" umgewandelt wurde.

Friedensgeschwäche in Genf

Auf der Völkerbundstagung in Genf sind wieder mal große Medien über Friedliche Verständigung der Völker gehalten worden. Diesmal war es der deutsche Außenminister Stresemann, der am Schluß seiner Rede den Ruf seines französischen Kollegen Briand wiederholte: "Weg mit den Kanonen, fort mit den Minenlauf! Er schloß mit den Worten: "Die Welt sieht uns im Wettstreben um die Errichtung der höchsten Ideale, aber sie sieht nicht wieder die Waffen der Völker gegeneinander gelebt. Lassen Sie uns zusammenwirken in dem Kampf der der arbeitsvollste, der schwerste, aber auch der ehrenvollste ist: Im Kampf für den Frieden und die auf Frieden und Gerechtigkeit beruhende große Entwicklung der Völker."

Es ist gewiß erfreulich, daß sich allmählich in den Köpfen der Staatsmänner die Einsicht durchsetzt, daß der Völkerfriede nicht aus der Gewalt, sondern nur auf der allgemeinen Achtung und der gegenseitigen Verständigung aufgebaut werden kann. Allein, allzu großes Gewicht darf die Arbeiterschaft und die Friedensstunde auf diese Reden und Beteuerungen nicht legen. Was die Staatsmänner bis heute für den Völkerfrieden getan haben, bestand nur in feierlichen Worten, denen jedoch in ihren Ländern keine entsprechenden, sondern nur gegenteilige Taten gefolgt sind. Überall steht die Welt von Waffen, und die unter äußerster Unspannung der Gewehrschrauben heraustragenden Mittel des wertvollen Volles werden statt sie für Kulturstudien zu verwenden, dem unersättlichen Moloch Imperialismus in den Käfigen geworfen.

Sollen die Worte der Staatsmänner Wirklichkeit werden, sollen die Verträge nicht nur Papierzeichen sein, die im gegebenen Augenblick zerstört werden, so muß die arbeitende Bevölkerung aller Länder ihr Geschick selbst in die Hand nehmen. Nicht durch die Staatsmänner und Parlamente wird der Friede verbürgt. — Das heißt kommt von unten, nicht von oben. Nur die arbeitende Bevölkerung, die gewerkschaftlich organisierte, als die eigentliche Trägerin des Friedenswillens, ist allein instand, durch geschlossenes Handeln den Krieg zu verbüren und den Frieden zu erzwingen. Den Weg hierzu weist die auf dem ersten Gewerkschaftskongress angenommene, aufs neue bestätigte Entscheidung gegen den Krieg. Es kommt vor allem darauf an, die Kriegsschüler einzuschüchtern und unsicher zu machen. Ein Krieg ist nur dann zu führen, wenn die herrschende Klasse von vornherein mit dem Einsatz des ganzen Volles vorgehen kann. Kann aber mit der Arbeiterschaft nicht gerechnet werden, dann werden die Kriegsschüler die Finger davon lassen. So hätte es schon 1914 werden können, wenn die Arbeiterschaft, vor allem ihre Führung nicht dem nationalistischen Launen erlegen wäre. Erst als die Kriegsverbrecher die Gewissheit hatten, daß die Arbeiterschaft allenfalls marschierten und im Sinne ihrer obersten Heeresleistungen ihre Pflicht tun werde, ließen sie den Kriegswagen losrasten.

Nun wird gewiß mancher einwenden: Ja, aber wir haben in Deutschland doch keine allgemeine Wehrpflicht mehr, folglich können wir doch nicht gezwungen werden, im Falle eines Kriegsausbruches zu marschieren. Diese Rechnung hat ein großes Loch. Die so denken, übersehen ganz, daß die Kriegsgefahr nicht nur eine Frage der wirtschaftlichen und militärischen Händelstücker, sondern weit mehr eine Frage der Gesinnung ist. Gerade bei uns in Deutschland ist die militärische und kriegerische Versuchung besonders des heranwachsenden Geschlechts am stärksten. Wenn die Kriegstreiber das wieder einmal überwältigen haben werden und wenn ihnen die angespannte Lage günstig erscheint, dann werden sie versuchen loszuschlagen. Mag auch Deutschland dabei zugrunde gehen. Diese Verbrecher werden dann nicht über die Spuren der leichten Heeresform, auch nicht über internationale Verträge stolpern. Die kapitalistische Presse wird dann noch toller lügen als 1914. Man kennt ja das ebbendämmliche Geschwätz: Vaterland und Kultur sind in Gefahr! Die deutsche Ehre und das Leben der Nation sind bedroht! Der deutsche Gott wird uns bestehen, um den Feind, das welche Ungeduld zu vernichten! Wir sind unschuldig und es gilt, die heilige deutsche Erde bis zum letzten Blattscap zu verteidigen!

Militärs, Kaufleute und Bourgeoisie kennen nichts als brutale Gewalt; sie haben nichts anderes gelernt. Ihnen ist ja auch das "große Stolzbad" am besten bekommen. Die größten Opfer an Gut und Blut haben in erster Linie die Arbeiter gebracht. Sie wurden durch den einzigen Kriegserfolg, die Goldentwertung, bis auf Händen ausgeplündert; und sie haben am schwersten gelitten unter den Hungerlöhnen und der ungeheuren Arbeitslosigkeit und leiden noch heute darunter. Die bestehenden Klassen, die Herrenschaften, aber sie sind wieder deplatziert im mobilen Rest. Sie haben wieder ihre famose Reichswehr, ihre willkürliche Justiz, ihre Fürstengesindung, ihre Dividenden; darüber einen ganzen Saal voll Befürchtungen aus Fertigungsmangel nationaler Belange, aus neuen Kriegsgeschäften, um sich für ihren Geldschrank, genannt Vaterland, zu verdient zu machen.

Aufgabe der Gewerkschaften ist es, alle verfügbaren Mittel anzuwenden, eine soziale Werbearbeit für den Friedensgedanken zu leisten. Diese Arbeit muß auch vor allem bei uns mit der bewußten Friedenstämpfung des Fortbildungskomitees beginnen. Es muß gelingen, Millionen Männer und Frauen dahin zu bringen, daß sie jedem Akt von Kriegsunterstützung und Kriegsdienst grundsätzlich vermeiden. Die Gehirne müssen gesezt sein, um jedwedem nationalistischen Launen überlassen zu lassen, um sich zu Ehren Gott Marinos gegen seitig zu verschleißen und zu vergessen.

in die Höllen von Feuer und Sagen hineinzurennen. Wer sein Vaterland lieb hat, sucht es mit allen Mitteln vor einem Kriege zu bewahren. Wenn die gewerkschaftlich organisierten Massen es ablehnen, sich darüber im Kriege — gleichzeitig so dieser als Angriff oder Verteidigungs krieg geführt wird — zu beteiligen, dann kann aus dem kapitalistischen Völkerbund einmal der Friedensbund des weltähnigen Volkes werden! Zu diesem Zweck ist es jedoch notwendig, daß die organisierten Massen aller Länder als geschlossenes Ganzes es ablehnen, sich wegen bedrohter Provinzen auf Gehetz ihrer Herrschaften gegeneinander heben zu lassen, um sich zu Ehren Gott Marinos gegen seitig zu verschleißen und zu vergessen.

Vorstandssitzung in Amsterdam

Die vom 16. bis 17. September in Amsterdam abgehaltene Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschäftigte in erster Linie mit den zahlreichen Aufgaben, die der pariser Kongress dem Vorstand und dem Sekretariat übertragen hat. Schon in dieser ersten Sitzung des nunmehr durch zwei neue Mitglieder erweiterten Vorstandes machte sich die gute Auswirkung verschiedener in Paris getroffener organisatorischer Maßnahmen deutlich bemerkbar. Was die in Paris angenommenen Entwicklungen über die großen Probleme unserer Zeit betrifft, so traf der Vorstand zunächst vorbereitende Arbeiten zur Ausführung der Beschlüsse betreffend die Wirtschaftslage der Arbeiter, den Kampf um den Wochentag, die Kriegsabreise usw.

Die Frage des Arbeitentags wurde von zwei Gesichtspunkten aus behandelt. Da die Arbeiterschaft international immer noch um meiste von der Ausnahme des Washingtoner Abkommen zu erwarten hat, sollen die Bestrebungen in dieser Richtung nach Möglichkeit gefördert werden, und zwar durch Schritte bei den Regierungen, durch parlamentarische Eingriffe in Zusammenarbeit mit den demokratischen günstigen Parteiengruppen, durch Versammlungen und in der Presse. Um die Wirtschaftlichkeit dieser Schritte zu erhöhen, sollen sie in den verschiedenen Ländern möglichst gleichzeitig unternommen werden. Diese Wirtschaftlichkeit soll ergangene Werke innerhalb der Gewerkschaften, durch die ein klares Bild der tatsächlichen Lage gewonnen werden kann. In diesem Sinne hat der pariser Kongress ebenfalls alle zwei Jahre eine Untersuchung über die wöchentliche Arbeitszeit durchführen und darüber eine Statistik anlegen. Da nur dann neue Gesichtspunkte gewonnen werden können, wenn in den einzelnen Ländern die tatsächliche Arbeitszeit zu einem bestimmten Zeitpunkt an Ort und Stelle festgestellt wird, soll zunächst durch Fragebogen ermittelt werden, wie weit die Landeszentralen in der Lage sind, die Durchführung der verlangten Erhebung zu bewerkstelligen.

Einen wichtigen Punkt der Tagesordnung bildete die Gestaltung des Verhältnisses des IGB zum Internationalen Arbeitsamt. Gegenüber Oudegeest, der bis zum Mai 1928 Mitglied des Verwaltungsrates des IAA ist, wurde erachtet, den IGB bis zu diesem Zeitpunkt in dieser Korporationschaft zu vertreten. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Vorbereitungsarbeiten für die Stellungnahme der Arbeiterschaft auf den internationalen Arbeitskongressen im Sekretariat des IGB ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Mehr als bisher soll dafür Sorge getragen werden, daß die Landeszentralen und ihre Organisationen so früh als möglich genau über die zur Abschaltung kommenden Dinge unterrichtet werden. Diese Aufklärungsarbeit soll dem Vorstand des IGB jeweils die Möglichkeit geben, internationale Gesichtspunkte hervorzuheben, so daß die Landesorganisationen in der Lage sind, diese Richtlinien bei der Beantwortung der Fragebögen gegenüber ihren Regierungen geführt zu werden. Gleichzeitig werden diese Fingerzeige der einheitlichen Stellungnahme der Arbeiterschaft den internationalen Arbeitskongressen in Genf in hoher Lage zugute kommen.

Die italienische Arbeiterbewegung beschäftigte den Vorstand in zweiter Hinsicht, erstens in Bezug auf die Lage der Bevölkerung in Italien selber, zweitens in Bezug auf die den Landeszentralen zustehende Organisation der ausgewanderten italienischen Arbeiter. An der zweiten Frage sind besonders Frankreich, Belgien, Jugenburg und die Schweiz beteiligt. Um den italienischen Arbeiterinnen innerhalb der Organisationen dieser Länder eine Beurteilung der ganzen Lage des italienischen Arbeiters innerhalb und außerhalb ihres Landes zu ermöglichen, wurde eine Konferenz beschlossen, zu der die in Betracht kommenden vier Länder sowie die Verufssekretariate der Lebensmittelarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter und Transportarbeiter eingeladen werden sollen. Die Konferenz soll unter Leitung des IGB das ganze Problem der italienischen Arbeiterbewegung prüfen und endgültige Beschlüsse fassen.

Was den Auftrag des pariser Kongresses betrifft, die Möglichkeit der Verwendung einer bestimmten Sprache oder HilfsSprache auf den Kongressen des IGB zu untersuchen, soll die Landeszentralen und internationale Verfassungskomitee herangezogen und untersucht werden, welche Sprache in Frage kommen kann.

Die Organisation des IGB wurde im Zusammenhang mit der Einberufung der nächsten Ausschüttung beraten, die einen Unterausschuß zur Vorbereitung folgender Punkte einzusetzen: Reorganisation des Sekretariats, Vorschläge für den Generalsekretär und für die Hilfssekretariate, Maßnahmen betreffend die Übersiedlung, Bericht über die gesamte Frage der Organisation und über die Möglichkeit ihrer Ausbreitung, Bericht über weitere Schritte, die zur Förderung der Arbeit des IGB für notwendig gehalten werden. Das Sekretariat wurde beauftragt, über alle diese Punkte und besonders die bei der Verlegung des Sitzes in Bezug auf die Landeszentralen (geographische Lage, Bedeutung der Bewegung usw.) einen Bericht auszuarbeiten, der den allgemeinen Befriedungen des Ausschusses zugrunde gelegt werden soll. Da verschiedene der erwähnten Punkte für die ganze Wirkung des IGB von großer Wichtigkeit sind, sollen zur nächsten Ausschüttung, die vom 17. bis 20. Januar in Berlin stattfindet, auch die Verfassungskomitee herangezogen werden, das heißt es wird mit dieser Tagung die vom pariser Kongress beschlossene gemeinsame Jahresitzung der Verfassungskomitee und des IGB verbunden.

Die japanische Gewerkschaftsbewegung, die erst in den Nachkriegsjahren eine gewisse Bedeutung erlangt hat, befindet im wesentlichen aus zwei Hauptströmungen mit zwei verschiedenen Landeszentralen: die eine, die ältere und stärkere mit Sitz an der Spize, der mehrräumigen Geschwätz: Vaterland und Kultur sind in Gefahr! Die deutsche Ehre und das Leben der Nation sind bedroht! Der deutsche Gott wird uns bestehen, um den Feind, das welche Ungeduld zu vernichten! Wir sind unschuldig und es gilt, die heilige deutsche Erde bis zum letzten Blattscap zu verteidigen!

Nach der amtlichen Statistik zählte man Ende 1926 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter (und Angestellte):

in der Metallindustrie	97 083
in der chemischen Industrie	11 700
in der Rüstungsmittelindustrie	9 506
in der Bergbauindustrie	4 888
in den Gas- und Elektrizitätswerken	7 966
im Verkehrsgewerbe	18 467
in anderen Gewerben	107 877
	27 250

Gibt ein Land mit einer Bevölkerung von 60 Millionen und mit einer ziemlich bedeutenden Industrie und diese Zahlen noch sehr gering. Die Bewegung scheint in der letzten Zeit — zum Teil unter dem Einfluß der Ereignisse in China — zu erlahmen. Gezeichnet war in diesem Jahre der große Umlauf der Kaiser in sämtlichen größeren Städten Japans. In Tokio land unter Leitung von Suzuki eine Kaiserparade, die über 15 000 Arbeiter mitgenommen haben und die neben den Forderungen des Wochentags, des Konsolidations- und Streikrechtes, der Bekämpfung der Unterwerfung, geführte der japanischen Regierung gegenüber China die Idee eines Japanischen Gewerkschaftsbundes, dem sämtliche Gewerkschaften angehören sollten, in den Vordergrund stellte.

